

NEUE ZEIT

MÄRZ 1980

10

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Porliner Str. 13/14
Fernruf 24 305



Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Datum

Unterschrift des Lesers



HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH
ZUM
INTERNATIONALEN FRAUENTAG

14159-10 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-3308 BE 6-13-14

**SOWJETUNION
IM BILD**

Sie wurde in den Opernhäusern Italiens, der DDR, Großbritanniens, Spaniens, Polens, der CSSR, Kanadas, Ungarns und Japans, kurz, überall in der Welt als begehrte Sängerin gefeiert.

Dabei dachte die Studentin einer Funktechnischen Hochschule Jelena Obraszowa nicht an die Bühne. Doch ihre schöne Stimme wurde bemerkt und führte sie ins Leningrader Konservatorium. Noch vor dessen Beendigung betrat sie die Bühne des Bolschoi Theaters und gehört heute zum Stamm des Ensembles. Zugleich unterrichtet sie am Moskauer Konservatorium.

Die Begabung und Ausstrahlung der Sängerin manifestieren sich auch darin, wie sie ihre Rollen schauspielerisch gestaltet.

Der Erfolg der Obraszowa mag eine Ausnahme sein. Doch beweist ihr Lebensweg, daß in der UdSSR jede Frau

In der Garderobe



Jelena Obraszowa,
Solistin
des Bolschoi,
Volkskünstlerin
der UdSSR,
Leninpreisträgerin

Als
Marina Minisek
in „Boris Godunov
von Modest
Mussorgski“



die reale Möglichkeit hat, der Beschäftigung nachzugehen, zu der sie sich berufen fühlt. Hier nur zwei Zahlen: Die Frauen machen in der sowjetischen Volkswirtschaft 60% al-

ler Fachkräfte aus; fast 5000 Frauen sind Heldinnen der sozialistischen Arbeit. Die Heimat würdigt ihr Schaffen. Fotos: W. Mastjukow (TASS)

DIE VERNUNFT WIRD SIEGEN!

In Moskau wurde bekanntgegeben, daß ab 25. Februar eine weitere Gruppe sowjetischer Panzerverbände aus der DDR abgezogen wird. Erinnert sei daran, daß die Welt von dem Beschuß der UdSSR, von sich aus 20 000 Militärangehörige und 1000 Panzer aus Mitteleuropa abzuberufen, aus der Berliner Rede Leonid Breshnews vom 6. Oktober 1979 erfuhr. Inzwischen hat sich die internationale Situation verschlechtert. Unter diesen Umständen fragten sich gewisse Beobachter, ob Moskau den Truppenabzug fortsetzt oder vielleicht langsam.

Das Handeln Washingtons in letzter Zeit, besonders nach den Ereignissen in Afghanistan, ermuntert nicht gerade dazu, die Schwerter zu Pflugscharen umzuschmieden, zumal einseitig. Viel zu viele militaristische Maßnahmen werden in den USA bereits unter dem Vorwand der „afghanischen Krise“ getroffen.

Von Griechenland wird nachdrücklich verlangt, möglichst schnell in die Militärorganisation der NATO zurückzukehren. Spanien wird dazu animiert. Die Türkei, die für das Pentagon, ja das amtliche Washington keinen anderen Wert hat als die zweifelhafte Ehre, die Südflanke der Nordatlantikunion zu sein und ein Territorium für USA-Basen abzugeben, steht ebenfalls unter Druck. Sind die anderen NATO-Länder besser dran? Wohl kaum. Auch ihnen ist die Rolle von Aufmarschgebieten, Waffendepots, Flugplätzen, Stützpunkten und von Startrampen für die „Tomahawk“ und die „Pershing“ zugeschrieben — mit allen sich daraus ergebenden gefährlichen Folgen, wenn es zu einem Konflikt kommen sollte. Solche Folgen dürfen auch dann nicht weniger schwer sein, wenn Washington von anderen Ländern (wie z. B. jetzt von Norwegen und Dänemark) etwas auf den ersten Blick weniger Wichtiges verlangt: Waffenlager oder Umschlagpunkt für den Weltgendarmen zu sein.

Am 1. März wurde auf Befehl des USA-Verteidigungsministers über dem Stab der interventionistischen Eingreiftruppe die Fahne gehisst. In Washington geht man von der Aufteilung der Welt in Zonen der eigenen „Lebensinteressen“ zu herausfordernden militaristischen Aktivitäten über, die vom Karibischen Meer bis zum Pazifik, von Norwegen bis Paki-

stan und Südafrika reichen. Überall werden Militärmanöver veranstaltet, immer wieder wird Stärke demonstriert, wobei zahlreiche andere Staaten mithalten müssen.

Hätte die UdSSR es in dieser Situation für notwendig befunden, den weiteren einseitigen Abbau ihrer Truppen in Mitteleuropa auszusetzen, wäre diese Maßnahme durchaus begründet gewesen. Aber Moskau hat es nicht getan. Warum?

Weil Moskau zu seinen Beschlüssen und Verpflichtungen steht. Weil es seiner Kraft sicher, von der Richtigkeit seines Standpunktes überzeugt ist und Ausdauer und Ruhe zeigt, die um so notwendiger sind, als die andere Seite die Nerven verliert. Weil Moskau fest glaubt: Die Entspannung wird fortgesetzt, und wem sie am Herzen liegt, der muß alles dafür tun.

Die militärischen Kreise möchten die UdSSR zu einer „scharfen Antwort“ herausfordern und so die internationalen Spannungen noch mehr anheizen. Man braucht nicht zu zweifeln: Die UdSSR wird unter allen Umständen ihre Interessen und die ihrer Bündnispartner zu verteidigen wissen, wird auch fest und entschieden vorgehen können. Doch wird sie sich nicht in das Balancieren am Rande des Krieges hineinziehen lassen, das jetzt in Washington offenbar wieder politische Mode ist.

Es gab und gibt keine objektiven Gründe, um vom Weg der Entspannung abzugehen, nach den Waffen zu greifen, die Bewegung auf der belebten Handels- und Wirtschaftsstraße Ost — West einzuschränken oder das sowjetisch-amerikanische Verhältnis zu verschlechtern, von dessen Zustand das Weltklima in gewaltigem Maße abhängt. Dagegen besteht eine objektive Grundlage für die Fortsetzung der Politik, die den Frieden stabilisiert und die Sicherheit festigt. Diese Grundlage ist die Gewährleistung des Friedens in unserem nuklearen Zeitalter, da bereits vom Übertötungspotential der vorhandenen Waffen gesprochen wird.

Wie Leonid Breschnew im Gespräch mit dem namhaften USA-Geschäftsmann Armand Hammer sagte, ist es das einzige Vernünftige, die Spannungen zu vermindern, die Rüstungen zu begrenzen, miteinander zu beiderseitigem Nutzen zusammenzuarbeiten sowie nach einer ehrlichen, gerechten und folglich für beide Seiten annehmbaren Lösung der entstehenden Probleme zu suchen.

Gegenwärtig ist die Bewältigung all dieser Aufgaben erschwert. Trotzdem braucht man nicht zu zweifeln: Das Leben wird diejenigen zur Ordnung rufen, die die „Lebensinteressen“ des Militär-Industrie-Komplexes und des politischen Establishment über die Lebensinteressen der ganzen Menschheit stellen. Man wird die zerrissenen Fäden der Entspannung wieder zusammenknüpfen. Anstelle der gegenwärtigen Spannungen wird die Stabilisierung treten.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 10 MÄRZ 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

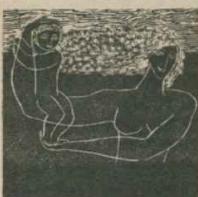
Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PIITSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Die Vernunft wird siegen!

| | |
|--|-------|
| L. Semljannikowa — Die Frau in der Sowjetunion | 5 |
| S. Michailow — Aufruf der Friedensanhänger | 6 |
| L. Mletschin — Parteitag der KP Japans | 7 |
| A. Stepanow — Afghanistan. Der nichterklärte Krieg geht weiter | 8 |
| N. Schimmel — Im Dienste von Frieden und Fortschritt | 9 |
| A. Medwedenco — Spanien. Echo der Schüsse in der Calle Atocha | 10 |
| Biographisches — P. V. Narasimha Rao, Gunnar Thoroddsen | 10,15 |
| A. Uswatow — Verflissige Geographie | 11 |
| D. Tschuwachin — Israel—RSA. Das Geheimnis des Blitzes vom September | 12 |
| G. Vitaljew — Leicht zu verbergen! | 12 |
| K. Karagesian — BRD. Das Spiel mit der Angst | 14 |
| Notizen ♦ Glossen | 16 |
| J. Ambarzumow — Wirtschaft und Politik aus Lenins Sicht | 18 |
| Hegemonismus | |
| W. Jassenew — Ambitionen der „Söhne des Himmels“ | 21 |
| M. Gorjanow — Auf Wegen Qin Shihuang und Mao Zedongs | 22 |
| F. Jurjew — Reich der Mitte und die Barbaren | 23 |
| J. Dimow — Parallelen schneiden sich | 24 |
| M. Galin — Bedrohung des Friedens | 26 |
| G. Ustinow — Tschechoslowakei. Dem 3. Jahrtausend entgegen | 28 |
| Diskussion mit dem Leser | 31 |
| PS | 32 |



Am 8. März begehen wir den Internationalen Frauentag. Der Umschlag zeigt eine Zeichnung des bekannten litauischen Grafikers Stasys Krasauskas „Frühling“.

Gestaltung: O. Winogradow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Am 27. Februar empfing Leonid Breschnew im Kreml Armand Hammer, den Präsidenten der Occidental Petroleum, einen namhaften Vertreter amerikanischer Geschäftskreise, auf dessen Bitte hin.

Die Komplikationen in unseren bilateralen Beziehungen ebenso wie in der gesamten internationalen Lage in letzter Zeit, betonte Leonid Breschnew in dem Gespräch, sind die direkte Folge des jetzigen Kurses der US-Administration, der gegen die Interessen des Friedens, der internationalen Entspannung gerichtet ist und das in der Welt bestehende Kräftegleichgewicht zum Schaden der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion untergraben soll. Leonid Breschnew bedauerte die Maßnahmen der US-Regierung, die zu einer Drosselung und Komplizierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen führen, wofür es keinerlei objektive Gründe gab und gibt.

■ Die Ergebnisse der Wahlen zu den Obersten Sowjets der 15 Unionsrepubliken, der 20 autonomen Republiken und zu den 50 991 örtlichen Sowjets der Volksdeputierten wurden bekanntgegeben. An den Wahlen hatten 176 565 746 Wähler oder 99,99% teilgenommen. Für die Kandidaten des Blocks der Kommunisten und Parteilosen wurde die absolute Mehrheit der Stimmen abgegeben. Alle Kandidaten, die zu den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken und der autonomen Republiken aufgestellt waren, wurden gewählt. In 77 Wahlbezirken (in 65 bei Wahlen zu Dorfsowjets, in 8 zu Siedlungssowjets, in 2 zu Stadtsoviets und 2 zu Rayonsowjets) erhielten die Kandidaten weniger als die Hälfte der Stimmen und wurden nicht gewählt. In sechs Wahlkreisen (von 2 274 861) wurden die Wahlen ungültig erklärt wegen Verletzungen der Wahlgesetzgebung; dort werden die Wahlen wiederholt werden.

■ Am 29. Februar trafen Boris Ponomarjow und der stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Rostislav Ulianowski, mit einer Delegation der Kongoleseischen Partei der Arbeit — mit den Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdA, J.-P. Chister-Chikaya (Leiter der Delegation) und J. Lekoundzou Itshi Ossetoumba, den Mitgliedern des ZK der KPdA, C. Bongou und S. Bateas-Mollomba — zusammen. J.-P. Chister-Chikaya übergab Leonid Breschnew eine Grussbotschaft vom Vorsitzenden des ZK der KPdA und Präsidenten der VR Kongo, D. Sassou-Nguesso. Die Bereitschaft wurde bekräftigt, auch in Zukunft die Beziehungen der Freundschaft und der allseitigen Zusammenarbeit zwischen



Moskau, Kreml, den 27. Februar. Leonid Breschnew empfängt Armand Hammer
Foto: TASS

der UdSSR und der VR Kongo, zwischen der KPdSU und der KPdA zu festigen.

Am 3. März führten Boris Ponomarjow und Wadim Sagladin, Kandidat des ZK der KPdSU und erster stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, ein Gespräch mit dem Generalsekretär der Partei der Arbeit der Schweiz, Armand Magnin, und mit dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PdA der Schweiz, Hans-Joerg Hofer. Die Vertreter beider Parteien tauschten ihre Meinungen zu Schlüsselfragen der heutigen internationa- nalen Lage aus.

Am 26. Februar traf eine Delegation der Volkskammer der DDR unter Leitung von Horst Sindermann, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Präsident der Volkskammer und stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates der DDR, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Moskau ein.

Eine Regierungsdelegation unter dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Iwan Archipow, schloß ihren Indien-Besuch ab. Die Delegation hatte an der Feier des 25. Jahrestages der wirtschaftlichen Zusammenarbeit UdSSR—Indien teilgenommen. Der Präsident Indiens, Neelam Sanjiva Reddy, und Premierminister, Frau Indira Gandhi, unterstrichen in einem Gespräch mit der sowjetischen Delegation ihre Entschlossenheit, auch weiter die allseitigen freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR im Interesse

des Friedens und der Sicherheit der Völker zu festigen.

In Moskau fand eine internationale Konferenz von Geschäftskreisen aus Ost und West statt, an der Vertreter von 16 Ländern teilnahmen. Behandelt wurden die Möglichkeiten für eine beiderseitig vorteilhafte kommerzielle, wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und industrielle Zusammenarbeit auf dem Gebiet der abfallarmen und abfallfreien Technologie.

Der Präsident Syriens, Hafez al Assad, empfing eine Delegation der sowjetischen Moslems unter dem stellvertretenden Vorsitzenden der Geistlichen Verwaltung der Mohammedaner Mittelasiens und Kasachstans, Abdulkani Gani Abdullajew.

Vom 28. Februar bis zum 2. März tagte in Addis Abeba das Büro des Präsidiums des Weltfriedensrates (siehe S. 6).

Am 24. Februar verübten Rowdys einen Überfall auf den Sitz der Aeroflot-Vertretung in Paris, bei dem Sachschäden entstanden. Das UdSSR-Außenministerium überreichte der Botschaft Frankreichs in Moskau eine Note, in der entschiedener Protest bekundet wurde.

Am 1. März wurde der XV. Parteitag der KP Japans abgeschlossen. Er nahm einstimmig einen Resolutionsentwurf an, in dem die heutige Lage in Japan und in der Welt analysiert wird sowie die Aufgaben der japanischen Kommu-

nisten im Kampf für die Lebensinteressen der Werktätigen, für die Einheit der Fortschrittskräfte, gegen eine militärische Allianz mit den USA und die Militarisierung des Landes formuliert werden. Ein neues ZK der KPJ wurde gewählt. Am 1. März wurde auf einem Plenum des ZK Sanzo Nosaka zum Vorsitzenden des ZK wiedergewählt, Kenji Miyamoto wurde zum Vorsitzenden des Präsidiums des ZK und Tetsuzo Fuwa zum Vorsitzenden des Sekretariats des ZK gewählt (siehe S. 7).

Am 28. Februar fand in Wien eine weitere Plenarsitzung bei den Wiener Truppenabbaugesprächen statt.

Am 3. März trafen in Genf die Delegationen der UdSSR und der USA ein weiteres Mal bei den bilateralen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über ein Verbot der chemischen Waffen zusammen.

Im Iran setzt die Internationale Untersuchungskommission für die Verbrechen des Ex-Schahs und des US-Imperialismus ihre Arbeit fort. Die Kommissionsmitglieder trafen mit einer Gruppe Iraner zusammen, die die Schah-Geheimpolizei SAVAK zu Krüppeln gemacht hatte, und hörten 150 Zeugen an. Der Kommission wurden in der US-Botschaft entdeckte Dokumente vorgelegt, die die Schuld des ehemaligen Schahs und seiner Beschützer am Tod von 100 000 iranischen Patrioten belegen.

In Afghanistan leitet eine kompetente Kommission der Sicherheitsorgane die Untersuchung der verbrecherischen Aktivitäten eines Häufleins von Konterrevolutionären — von Steigbügelhaltern des US-Imperialismus, des chinesischen Chauvinismus und militaristischer Kreise Pakistans —, die vom 21. bis 23. Februar Unruhen in Kabul inszenierten (siehe S. 8).

In Peking tagte vom 23. bis 29. Februar das Plenum des ZK der KPCh. Das Plenum entfernte die Mitglieder des Politbüros des ZK, Wang Dongxing, Ji Dengkui, Wu De und Chen Xilian aus führenden Positionen in Partei und Staat. Posthum wurde der ehemalige Vorsitzende der VR China, Liu Shaoqi, rehabilitiert. Das Plenum beschloß, ein Sekretariat des ZK der KPCh zu bilden. Zum Generalsekretär wurde Hu Yaobang gewählt. „Wegen der erfolgten Veränderungen in der inneren Lage des Landes“ wurde beschlossen, den XII. Parteitag vorfristig einzuberufen.

In Simbabwe (Rhodesien) wurden am 4. März die Ergebnisse der allgemeinen Parlamentswahlen für die Afrikaner

(27.—29. Februar) bekanntgegeben. Die absolute Mehrheit der Parlamentssitze (57 von 100) errang die Afrikanische Nationalunion von Simbabwe (ZANU) unter Robert Mugabe. Der zweite Flügel der Patriotenfront, die Afrikanische Volksunion von Simbabwe (ZAPU), unter Joshua Nkomo erhielt 20 Mandate. Die Gruppierung des ehemaligen „Premierministers“ der Marionettenregierung Muzorewa erlitt eine vernichtende Niederlage und bekam nur drei Sitze.



Der Zeitschrift „Afrique-Asie“ zufolge bestehen die Straentruppen des rhodesischen Rassistenregimes aus der 120 000 Mann starken regulären Armee der ehemaligen „Regierung“ Smith, der 30 000 Mann starken „Privatarmee“ Muzorewas sowie aus 15 000 südafrikanischen Soldaten und Söldnern aus westlichen Ländern. TASS-Foto: Eine Söldnerbande

In Washington fand eine zweitägige Tagung des ANZUS-Blocks (USA, Australien und Neuseeland) statt. Im Kommuniqué wurde die Weigerung der USA festgehalten, die durch Schuld Washingtons abgebrochenen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über eine Begrenzung und nachfolgende Reduzierung der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean wiederaufzunehmen (siehe S. 11).

In Indien wird auf Initiative der KP eine gesamtnationale Woche des Kampfes gegen die aggressiven Pläne Washingtons, Pekings und Islamabads durchgeführt. Auf Massenkundgebungen und Versammlungen werden die Umtriebe des US-Imperialismus und seines Helfers Peking auf dem südasiatischen Subkontinent entlarvt.

Mehr als 60 Mitglieder der US-Auswahl, die an den Olympischen Winterspielen von Lake Placid teilnahmen, richteten an Präsident Carter einen Brief, in dem sie gegen die Versuche Washingtons protestierten, den amerikanischen Sportlern die Möglichkeit einer Teilnahme an den Sommerspielen in Moskau zu nehmen.

■ Der UNO-Sicherheitsrat verurteilte die Annexionspolitik Israels in den besetzten arabischen Gebieten und rief alle Staaten auf, diesem Land keinerlei Hilfe zu erweisen, die für eine Ausweitung der israelischen Siedlungen in fremden Gebieten genutzt werden kann. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution appellierte der Sicherheitsrat an Israel, die Siedlungen aufzulösen.

■ Am 26. Februar fand der offizielle Botschafteraustausch zwischen Ägypten und Israel statt. Das löste entschiedene Proteste in der gesamten arabischen Welt, auch in Ägypten selbst, aus.

■ In Bogotá besetzte eine Gruppe Bewaffneter die Botschaft der Dominikanischen Republik. Sie hielten an die 60 Personen, darunter 14 Botschafter fest, die im Botschaftsgebäude einem Empfang zum Nationalfeiertag der Dominikanischen Republik beigewohnt hatten. Die Gruppe verlangt die Freilassung der politischen Häftlinge und freies Geleit ins Ausland.

■ Am 1. März trat der Präsident Frankreichs, Valéry Giscard d'Estaing, eine Reise durch Länder des Persischen Golfs und des Nahen Ostens an, die ihn nach Kuwait, Bahrain, Katar, in die Vereinigten Arabischen Emirate, nach Jordanien und Saudi-Arabien führen wird. Der Präsident wird von Außenminister François-Poncet, Industrieminister Giraud, Außenhandelsminister Deniau sowie von Kultur- und Informationsminister Jean-Philippe Lecat begleitet.

■ In Suriname stürzte am 25. Februar eine Gruppe von Militärs die Regierung Aron und ergriff die Macht.

■ Am 29. Februar demissionierte der Premierminister Thailands Kriangsak Chamanand. Das Parlament wählte Prem Tinsulanonda, im vorigen Kabinett Verteidigungsminister, zum neuen Premier.



Die Nordoststaaten Brasiliens leiden immer wieder unter Dürre. Dann muß das Trinkwasser von weither in viele Siedlungen geschafft werden.

Foto: TASS

Ich halte einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau für sinnlos, er widerspricht dem wahren olympischen Geist. Kommt es zum Boykott, zu dem die USA die Regierung von Canberra aufrufen, so werden nur die Sportler dadurch verlieren. Durfte Afghanistan denn nicht die UdSSR um Hilfe bitten? Die USA haben doch während des Krieges Australien Hilfe geleistet, und zwar für den eigenen Schutz. Die Mitglieder des Olympischen Komitees Australiens müssen wissen, was für einen großen Schaden der Boykott unserem Lande bringen wird. Das Olympische Komitee muß schon die Idee des Boykotts zurückweisen und auf der Teilnahme der australischen Sportler an der Olympiade in Moskau bestehen, wo sie Abgesandte guten Willens sein müssen.

Neil HART
Mount Isa, Australien

In Ihrem Heft 5/80 ist der Brief von James T. Serduke aus den USA gebracht worden, der die Hoffnung äußert, daß „der amerikanische Senat letzten Endes den SALT-II-Vertrag ratifiziert“. Meines Erachtens genügt es nicht zu hoffen und zu warten, alle müssen sich aktiv am Friedenskampf beteiligen. Wenn jeder Friedensanhänger dazu beiträgt, wird die mächtvolle Völkerbewegung das Wettrüsten stoppen.

J. NARISHNIJAK
Norilsk, RSFSR

Die heutige antisowjetische Propagandahetze in Großbritannien, die von Premierminister Margaret Thatcher entfacht wird, soll das Volk von der wachsenden Inflation und Arbeitslosigkeit, von der allgemeinen Senkung des Lebensniveaus der meisten Briten, also von den Problemen ablenken, die sich aus der Tory-Politik ergeben.

Peter W. LADKIN
Sutton Coldfield, Großbritannien

Schade, daß Sie keine Farbillustrationen bringen. Ich meine auch, daß man in der Zeitschrift mehr über die kaum bekannten Länder wie Lesotho, Swasiland oder Djibouti erzählen muß, daß solche Beiträge viele interessieren werden.

J. ANDREJEW
Odessa, Ukrainische SSR

Die Frau in der Sowjetunion

Ludmila SEMLJANNIKOWA,

Sekretär des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften

Vor 70 Jahren wurde auf dem II. Internationalen Kongreß der Sozialistinnen in Kopenhagen beschlossen, den 8. März jedes Jahres als den Internationalen Frauentag zu begehen. Dieser Tag der internationalen Solidarität ist in der UdSSR ein großes Fest zu Ehren der werkstätigen Frauen und aller Mütter.

Sofort nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde in der Sowjetrepublik die Gleichberechtigung der Frau, ihre gleichen politischen und Bürgerrechte gesetzlich verankert. Beim Aufbau des neuen Lebens wurde dann der Hinweis Lenins verwirklicht: „Zur vollständigen Befreiung der Frau und zu ihrer wirklichen Gleichstellung mit dem Mann bedarf es gesellschaftlicher Einrichtungen, bedarf es der Teilnahme der Frau an der allgemeinen produktiven Arbeit.“ Die KPdSU und die Sowjetregierung haben die Sorge um die Frau zur Staatspolitik, zu einem ethischen Gesetz der sozialistischen Gesellschaft erhoben. In Artikel 35 der neuen Verfassung der UdSSR heißt es: „Die Frau und der Mann haben in der UdSSR die gleichen Rechte.“

Den Aufbau der Gesellschaft des entwickelten Sozialismus kann man sich nicht ohne den unschätzbarbeitrag vorstellen, den die sowjetischen Frauen in den mehr als 60 Jahren zur Industrie, Landwirtschaft, zur Gesunderhaltung und Erziehung der Menschen, zur Wissenschaft und Kultur, ja zur Verteidigung des Vaterlandes geleistet haben.

Im Zuge der ersten Fünfjahrpläne beteiligten sie sich an der Industrialisierung des Landes, an der Gründung von Kollektivwirtschaften und an der Umgestaltung des Lebens im Dorf. Während des Großen Vaterländischen Krieges kämpften sie in Armee und Partisanentruppen, ertrugen mutig alle Lasten und Entbehrungen des Lebens im Hinterland. Viele Frauen vollbrachten wahre Wunder an Mut und Standhaftigkeit im Kampf gegen die faschistischen Landräuber, viele gaben ihr Leben für die Heimat hin. Große leisteten die Frauen nach dem Krieg, als das Sowjetvolk die kriegszerstörte Volkswirtschaft wiederherstellte. Ein Kapitel für sich ist der Beitrag der Sowjetbür-

gerinnen zur Erschließung des Neulandes. Leonid Breschnew betonte: „Spricht man über die großen Taten unseres Volkes, so kann man nicht umhin zu erwähnen, welche Rolle dabei die sowjetische Frau spielt. Nicht zuletzt ihrer Opferbereitschaft und ihrem Talent verdankt unsere Heimat ihre Errungenschaften und Siege.“

Heute erzeugen die Frauen gut die Hälfte der materiellen Reichtümer der UdSSR. Sie machen 51,5% aller Arbeiter und Angestellten aus. Arbeit und Bildung als Unterpfand der wirklichen Gleichberechtigung sind den Millionen sowjetischer Frauen inneres Bedürfnis. 59% der Fachkräfte mit Mittelschul- bzw. Hochschulbildung sind Frauen. Die Hälften der Studienplätze nehmen junge Mädchen ein.

Auch unter den „Industriekapitänen“ finden wir zahlreiche Frauen: Direktorinnen und Meister in Industriebetrieben, Vorsitzende von Sowchosen und Kolchosen, Leiterinnen von Baustellen und Ämtern, insgesamt über eine halbe Million.

Fast 75% der sowjetischen Lehrer sind Frauen, auch unter den Ärzten machen sie die Mehrheit aus. Immer aktiver zeigen sie sich in den schöpferischen Berufen: Über 15 000 Frauen gehören schöpferischen Verbänden an. Spricht man vom Sport, so wissen wohl noch alle, welche hervorragenden Siege die sowjetischen Sportlerinnen bei der kürzlichen Winterolympiade in Lake Placid errangen.

In der Welt bestehen unterschiedliche Standpunkte dazu, ob die Frau an der gesellschaftlichen Produktion teilnehmen soll. Für die sowjetischen Frauen ist das eine längst entschiedene Sache.

Das zeigten die in der UdSSR vor kurzem abgehaltenen Wahlen erneut. Unter den neuen Deputierten des Obersten Sowjets der RSFSR stellen die Frauen 35%, in der Ukraine sind es 36%, in Aserbaidschan 39,8%. Sehr aktiv sind die Frauen in den Gewerkschaften; sie machen mehr als 60% der Betriebsgewerkschaftsleitungen aus.

Die Frau ist gleichberechtigtes und energisches Mitglied der Gesellschaft, bleibt aber zugleich Mutter und Hausfrau, der Inbegriff

der inneren und äußeren Schönheit.

Eigens für unsere Leserinnen im Ausland möchte ich kurz auf folgendes eingehen.

Die Mütter und werdenden Mütter genießen in der UdSSR einen besonderen rechtlichen Schutz. Laut Gesetz dürfen Frauen nicht bei schweren und gesundheitsschädigenden Arbeitsgängen eingesetzt werden.

Für die Dauer der Schwangerschaft wird der Frau eine leichtere Arbeit zugewiesen und das frühere durchschnittliche Arbeitsentgelt ausgezahlt. Der Schwangerschafts- und Wochenurlaub wird 100%ig bezahlt, kinderreiche Familien erhalten Beihilfen, der bezahlte Urlaub zur Pflege eines kranken Kindes wurde verlängert, die Zahl von Vorschuleinrichtungen und Horten nimmt zu, die medizinische Betreuung ist unentgeltlich. All das ist für die Sowjetbürgerinnen selbstverständlich.

Vor einigen Jahren entstanden beim Obersten Sowjet der UdSSR, bei den Obersten Sowjets der Unions- und Autonomen Republiken sowie bei den Sowjets der Volksdeputierten der Regionen und Gebiete der UdSSR Ständige Kommissionen für Fragen der Arbeits- und Lebensweise der Frau, für den Schutz von Mutter und Kind. Diese Organe haben die Aufgabe, die unablässige Verwirklichung der komplexen sozialökonomischen Maßnahmen, die die Arbeits- und Lebensbedingungen der sowjetischen Frauen und den Gesundheitsschutz für die heranwachsende Generation verbessern, noch effektiver zu kontrollieren.

Die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz für die Frauen wird im gesamtstaatlichen Maßstab vorgenommen. Die großen sozialökonomischen Leistungen der UdSSR, besonders in letzter Zeit, die umfassende Mechanisierung und Automatisierung der Produktion haben es ermöglicht, die Arbeit in vieler Hinsicht anziehender und produktiver zu machen.

Die Gewerkschaften befassen sich angelegentlich mit diesen Fragen. Gemeinsam mit dem WZSPS (Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften) bestätigte das Staat-

liche Komitee der UdSSR für Arbeit und soziale Fragen eine neue Liste von Produktionen, Berufen und Arbeitsgängen, bei denen die Frauenarbeit verboten ist, und unterbreiteten Maßnahmen zur Kontrolle des Beschlusses des Ministerrates der UdSSR und des WZSPS „Über zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der berufstätigen Frauen“ vom 25. April 1978.

Das Glück der Mutter sind ihre Kinder. Die Sowjetunion hat unseren Kleinen eine Kindheit gegeben, die sich jede Mutter für ihre Kinder nur wünschen kann. Im Lande bestehen zahlreiche Kindergärten und Krippen (gegenwärtig über 13 Mio Plätze). Die Aufenthaltskosten betragen im Jahresdurchschnitt 500 Rubel pro Kind, aber die Eltern bezahlen nur 18% dieser Summe. Für den Unterhalt der Kinder aus kinderreichen Familien in den vorschulischen Einrichtungen kommt der Staat voll auf.

Die sowjetische Gesellschaft tut alles Notwendige, damit jeder junge Bürger Mittelschulbildung erhält und einen Beruf erlernt. Für die sowjetischen Kinder sind nicht nur 150 000 allgemeinbildende Schulen da, sondern auch Tausende Pionierpaläste und -häuser, Stationen junger Techniker, Junger Naturfreunde und Junger Touristen. Die Gewerkschaften tragen mit jedem Jahr zur Organisation der Kinderferien bei. Im Jahre 1979 verbrachten 12,8 Millionen Kinder den Sommer in Ferienlagern, in der Regel unentgeltlich bzw. mit vergünstigten Ferienschecks.

Diese sozialen Erfolge des Sozialismus sind besonders bemerkenswert, wenn man sie mit der Praxis, selbst vieler entwickelter kapitalistischer Länder vergleicht. In den

USA beispielsweise gibt es praktisch keine Gesetze zum Schutz von Mutter und Kind, auch kein System zur Organisation von Kindereinrichtungen. In Großbritannien hat nur eine von je 100 berufstätigen Frauen die Möglichkeit, ihr Kind in einem Kindergarten unterzubringen.

Die bürgerliche Gesellschaft garantiert den Frauen kein Recht auf Arbeit. In Japan (und einigen anderen Ländern) werden sie häufig entlassen, sobald sie heiraten oder ein Kind erwarten. Bisher erhält die Frau dort für gleiche Arbeit nur halb soviel wie der Mann. Eine fast ebenso große Spanne in der Arbeitsentlohnung ist auch in den USA zu beobachten.

In der UdSSR wird vieles getan, um der werktätigen Frau ihre Aufgaben als Mutter und Hausfrau zu erleichtern. Gewiß gibt es bei uns noch nicht wenig ungelöste Fragen. Aber selbstverständlich steht die Sorge um den Frieden an erster Stelle.

Der diesjährige 8. März geht dem 35. Jahrestag des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg voraus. Viele Frauen wissen aus eigener Erfahrung, was Krieg ist. Deshalb unterstützen sie von ganzem Herzen den leninistischen Friedenskurs der KPdSU und fördern auf jede Weise die gegenseitige Verständigung zwischen den Völkern der UdSSR und denen der anderen Länder.

Unlängst war ich in den USA als Mitglied einer von der Wählerinnengruppe eingeladenen Delegation. Dort konnten wir sehen, daß die einfachen Amerikanerinnen ebenfalls die künstlichen Schranken, die die Washingtoner Führer zwischen uns errichten, überwinden wollen. Die stellvertretende Vorsitzende der Liga Ruth Robbins

sagte: „Mit unserem Delegationsaustausch wollen wir nicht irgendein Abkommen, sondern eine bessere Verständigung erreichen. Das braucht sowohl das amerikanische als auch das sowjetische Volk.“

Im Januar d. J. verließ im Komitee der Sowjetfrauen ein sowjetisch-amerikanisches Treffen unter dem Motto „Rolle der Öffentlichkeit im Kampf für eine Welt ohne Kriege“. Die fortschrittliche USA-Politikerin Carol Pendell sagte in ihrer aufschlußreichen Rede u. a.: „Die Frauen der UdSSR und der USA tragen unseres Erachtens eine besondere Verantwortung... Wenn die Sonne bei uns untergeht, geht sie bei euch auf. Ich glaube, sie muß uns allen in unserem Kampf 24 Stunden am Tag leuchten. Was uns trennt, ist viel kleiner als das, was uns wirklich verbindet.“ Diese Worte bezeugen: Selbst trotz der beispiellosen sowjetfeindlichen Hetze der letzten Zeit in den USA gibt es Kräfte, die sich über die Gefährlichkeit des Kurses auf Konfrontation klar sind.

Die UdSSR, die anderen sozialistischen Länder, ja alle friedliebenden Kräfte der Erde kämpfen beharrlich dafür, daß die Entspannung in den internationalen Beziehungen dominiert und daß die politische Entspannung durch eine militärische ergänzt wird. In seiner Rede vor den Wählern sagte Leonid Breschnew: „Die abenteuerlichen Doktrinen der neuen Propheten der ‚Stärkepolitik‘ sind nicht nur für irgendein einzelnes Land oder eine Gruppe von Ländern gefährlich. Sie bergen eine Gefahr für den Frieden und die Sicherheit aller Staaten und Völker in sich. Diese unheilvollen Vorhaben zurückzuweisen, ist das Anliegen aller, denen der Frieden am Herzen liegt.“

AUFRUF DER FRIEDENSANHÄNGER

In der Hauptstadt des heldenhaften Äthiopiens hat eine Bürotagung des Präsidiums des Weltfriedensrates ihre Arbeit beendet. Dem abenteuerlichen Kurs der NATO-Strategen und ihrer neugebackenen Verbündeten in Peking stellten die Friedensanhänger ihre Geschlossenheit und ihre Bereitschaft entgegen, sich entschieden für internationale Sicherheit, Demokratie und sozialen Fortschritt einzusetzen.

In einer Resolution des Büros des Präsidiums wird die Solidarität mit den Völkern bekundet, die gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Apartheid, Rassismus und Zionismus ringen. Das Büro solidarisierte sich mit dem afghanischen Volk, das die Errungenschaften seiner Revolution verteidigt, sprach sich für den Kampf des iranischen

Volkes gegen die von den USA angedrohte Wirtschaftsblockade und militärische Intervention und für den demokratischen Kurs Irans aus.

Zu den Ereignissen in Afrika erklärten die Tagungsteilnehmer, daß sie fest auf Seiten der Patriotischen Front von Simbabwe stehen. Wie es in einer weiteren Resolution der Tagung heißt, entsprechen die Niederhaltung des Kampfes der afrikanischen Völker für Freiheit, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt sowie die Destabilisierung der antiimperialistischen, fortschrittlichen Regimes unmittelbar den Zielen der imperialistischen Afrikapolitik.

Das WFR-Präsidium forderte zu aktiveren Bemühungen für die Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone auf, kritisierte

scharf die Verschübleistung der westlichen Länder und Israels für das Rassistenregime in der RSA bei seinem Streben nach Atomwaffen und sprach sich dafür aus, ganz Afrika zu einer kernwaffenfreien Zone zu machen.

Die Tagungsteilnehmer bekundeten ihre Solidarität mit den kämpfenden Völkern von Kampuchea, Laos, Palästina, der Westsahara, dem Süden Afrikas, des Raums am Persischen Golf und Lateinamerikas.

Der Aufruf der mächtvollen Friedensbewegung zum Schutz der Entspannung, zur Zurückweisung des Wettrüstens und des kalten Krieges zeugt davon, wieviel Wert die Völker auf internationale Beziehungen legen, die auf Vernunft, guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit beruhen. Der Sieg der Entspannung liegt in ihrem uraltesten Interesse.

S. MICHAJLOW

Bei einem meiner Gespräche mit Juan Antonio Bardem sagte dieser über die „Sieben Tage im Januar“:

„Ich hielt es für meine Pflicht, die Schwierigkeiten zu veranschaulichen, auf die die spanischen Demokraten bei der Wiederherstellung der Freiheit stoßen. Ich wollte zeigen, daß die extremrechten Ver schwörer, wenn sie auf die Anwälte schossen, alle anvisierten, die gegen den Faschismus auftreten. Deshalb setzte ich den Akzent nicht auf den Mord als solchen, sondern auf seine Hintergründe. Ich wollte seinen Ursprung analysieren.“

Das gleiche Ziel hatten die Organisatoren des am 18. Februar eingeleiteten Prozesses „in Sachen Atocha“. Fünf Verbrecher stehen vor Gericht. Der Vertreter der Anklage seite Jaime Miralles erklärte, man sollte nicht nur die fünf Mörder auf der Anklagebank gerichtlich belangen, sondern auch die Kräfte, die hinter ihnen stehen und das Blutbad in der Calle Atocha vorbereitet.

Er meinte eine einflußreiche politische und Wirtschaftsgruppe, die mit der Demokratisierung unzufrieden ist. Leider, setzte Miralles fort, würden die Drahtzieher des Verbrechens der Verantwortung entgehen.

Die Anwälte der Mörder verlangten einen Freispruch für ihre Mandanten, wobei sie diesen politischen Mord zu einem Zufall umzufunktionieren suchten. Einer der Anwälte sagte sogar, während sich die Angeklagten in jenem Anwaltsbüro befunden hätten (es sei nur sachlich festgestellt: Sie befanden sich dort nicht nur, vielmehr drangen sie in den Raum ein und feuerten sofort), seien sie beleidigt worden, und als Reaktion darauf hätten sie von den Waffen Gebrauch gemacht.

Angesichts einer solchen Argumentenführung benahmen sich die Angeklagten im Gerichtssaal herausfordernd, und zwar nicht nur gegenüber den Zeugen, sondern auch gegenüber den Mitgliedern des Obersten Gerichtshofes.

Die Verhandlungen fanden in einer geladenen Atmosphäre statt. Da der Prozeß nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit verlief, besetzten Hunderte Mitglieder extremrechter Organisationen buchstäblich das Gerichtsgebäude. Mit ihrem Verhalten gefährdeten sie mehrmals den Verlauf des Prozesses, die Polizei mußte den Saal wiederholt von diesen Rowdys räumen.

Die Extremisten fühlten sich so sicher, daß sie dem Präsidenten der nationalen Informationsagentur EFE

Luis María Anson mit Mißhandlungen drohten, falls die Angeklagten nicht auf freien Fuß gesetzt werden und bis zum 1. April die Möglichkeit erhalten, aus Spanien auszureisen. Wie „Diario 16“ schrieb, verwandelte sich der Atocha-Prozeß in eine Demonstration der Gewalt politik der antide mokratischen Gruppen.

Schon bei der Voruntersuchung war man bemüht, die ganze Sache zu vertuschen. Lange Zeit wurde nach den Mördern nicht gefahndet, weshalb einige untertauchen konnten. Nur unter dem Druck der Linkskräfte, vor allem der KP Spaniens, der PSOE und der Arbeiterkommissionen begann die Polizei schließlich mit der Fahndung.

Im März 1977 wurden sie endlich verhaftet. Man sollte meinen, die Gerechtigkeit würde triumphieren, doch wurde die eingeleitete Untersuchung auf jede mögliche Weise erschwert. Zu den Untersuchungsrichtern dieses Prozesses gehörte Gómez Chaparro von der Nationalen Gerichtskammer. Wie die Madrider Zeitschrift „Calle“ mitteilte, hatte er unter Franco mehr als eine Untersuchung gegen die Demokraten geleitet. Er wechselte zur Gerichtskammer über, ohne seine reaktionären Ansichten oder auch nur sein Arbeitszimmer zu wechseln.

Seit dem ersten Tag behinderte Chaparro die Untersuchung. Er weigerte sich, Zeugen vorzuladen, die in dieses Verbrechen verwickelt oder damit verbunden waren, darunter die Führer der „Fuerza Nueva“ und der „Guerrilleros Christi“ Blas Piñar und Mariano Sánchez Covisa. Unter „rätselhaften“ Umständen verschwanden gewisse wichtige Papiere. Außerdem verschwand aus dem Gefängnis von Ciudad Real der Sohn des Privatsekretärs von Piñar, ein gewisser Lerdo de Tejada, der zu den Inspiratoren des Verbrechens in der Calle Atocha gehört. Im April 1979 ließ Chaparro den Verbrecher zu Ostern nach Hause reisen, und natürlich kehrte der nicht zurück; vielmehr reiste er ruhig nach Frankreich aus, wo er noch heute lebt.

Die Demokratisierung dauert in Spanien schon mehr als vier Jahre. Es wäre verfrüht, von ihrem Abschluß zu sprechen. Die Handlungen der Extremrechten und der Atocha-Prozeß erinnern daran, daß gewisse Elemente mit dem neuen Trend unzufrieden sind. Deshalb üben die Fortschrittskräfte nach wie vor Wachsamkeit, um ihnen eine gebührende Abfuhr erteilen zu können.

Madrid

VERFLIXTE GEOGRAPHIE

In den letzten Februartagen haben die Außenminister der USA, Australiens und Neuseelands in Washington eine außerordentliche Ratstagung des militärisch-politischen ANZUS-Blocks abgehalten, dem diese drei Länder angehören. Die Tagung war von fanatischem Antisowjetismus gekennzeichnet. Politik, Wirtschaft, Militärisches, selbst der Sport wurden da hineingezogen. All das land seinen Niederschlag in einem Kom muniqué, wo alle vorgesehenen Maßnahmen auf einen Nenner gebracht wurden: die Entwicklung in Afghanistan in ihrer Washingtoner Interpretation.

Vance bewertete die ANZUS-Ratstagung als „eine der produktivsten in der Geschichte des Bündnisses“. Offenbar hat es den US-Außenminister besonders getreut, daß die pazifischen Verbündeten nicht nur die extremistischen Aktionen der Washingtoner Administration voll unterstützen, sondern auch beschlossen haben, einige geographische Vorstellungen einer Revision zu unterstellen — natürlich zugunsten Washingtons.

Wenn Präsident Carter den viele Tausende Meilen von der amerikanischen Küste entfernten Mittleren Osten zu einer „Sphäre der Lebensinteressen“ der USA erklären konnte, warum sollten dann die anderen ANZUS-Staaten diesem Beispiel nicht folgen? Wie der Herr, so das Gescherr! Jetzt schon wird der Aktionsbereich des Blocks, der seit seiner Bildung im Jahre 1951 offiziell als „Pazifischer Sicherheitspakt“ bezeichnet wird, hintenherum auf einen anderen Ozean, den Indik, ausgeweitet.

Der australische Premierminister Fraser verstieß sich in einem Interview für den „San Francisco Examiner“ zu der Behauptung, daß „die Sicherheitszone der ANZUS den gesamten Indischen Ozean bis hin zum Arabischen Meer umfaßt“. Und entsprechend wird Australien „vorbehaltlos, voll und ganz mit den USA bei der Patrouillierung des Indischen Ozeans zusammenarbeiten“. Dem Pentagon wurden bereits australische Militärstützpunkte überlassen. Und Fraser zuliege laufen Gespräche mit den USA über die Einrichtung eines weiteren Stützpunktes — im Westen des Landes.

Die Geographie macht den ANZUS-Mitgliedern arg zu schaffen: Sie sollen noch stärker in die US-Aggressionspläne einbezogen werden.

A. USWATOW

DAS GEHEIMNIS DES BLITZES VOM SEPTEMBER

Es ist vollbracht: Man weiß jetzt, was für ein Aufblitzen in der Nacht zum 23. September 1979 unweit der RSA-Küste registriert wurde. Dan Raviv, der CBS-Korrespondent in Israel, reiste eigens nach Rom, um mitzuteilen, daß „Israel bereits über Kernwaffen verfügt“ und daß das Aufflammen im September ein Kernwaffentest war. Er schrieb weiter: „Das war eine israelische Kernexplosion, die mit Hilfe der RSA und in Zusammenarbeit mit ihr verwirklicht wurde.“ Gleichzeitig gab er bekannt, ein Buch zweier israelischer Journalisten werde zum Druck vorbereitet, in dem die Autoren behaupten, daß Tel Aviv bereits eine beträchtliche Anzahl von Kernbomben hat. In Washington wisse man das, setzt Raviv fort. Ähnliches sagte Ernest Leafever von der Brookings Institution, einem der einflußreichsten Gehirntruste Amerikas. Unter Berufung auf CIA-Angaben erklärte er, Israel habe eine bestimmte Menge von Kernbomben und von Beförderungsmitteln dafür.

Das Aufflammen in der Atmosphäre an der südafrikanischen Küste, das ein Aufklärungssatellit der USA vom Typ „Vela“ im vorigen Jahr registrierte, hat viele Gerüchte verursacht. Um die Wahrheit festzustellen, berief das Weiße Haus eine Gruppe von sieben Experten ein und beauftragte sie, alle möglichen Varianten zu studieren, die einen Kernbombentest ausschließen. Die Wissenschaftler erhielten alle Materialien, die auf besagte Explosion Bezug haben, darunter auch Angaben, über die die CIA zu jener Zeit verfügte. Nach einer gründlichen Analyse kam die Gruppe zu der einmütigen Ansicht, daß die vom Satelliten fixierte Erscheinung von jedem Standpunkt einer Kernexplosion in der Atmosphäre ähnlich sieht. Laut „Washington Post“ führte eine Einheit von RSA-Kriegsschiffen gerade in dem Augenblick, da „Vela“ die Explosion in der Atmosphäre über dem Südatlantik (südlich vom Kap der Guten Hoffnung) registrierte, ungefähr an derselben Breite und Länge ein Geheimmanöver durch. Beobachter meinen, die Lichtquelle könne eine Rakete gewesen sein, gestartet von

einem der RSA-Schiffe. Somit bestätigen diese Tatsachen und neue Angaben der letzten Zeit, daß dort die tödbringende Waffe getestet wurde. Zweifellos wurde dieser Versuch gemeinsam von beiden rassistischen Regimes — dem zionistischen und dem südafrikanischen — realisiert. Bekanntlich gieren sie schon seit langem nach diesen Waffen.

Viele westliche Beobachter bringen nicht ohne Grund diesen Kern-test damit in Zusammenhang, daß im Westen bald da, bald dort ein „geheimnisvolles Verschwinden“ von Uran und Plutonium festgestellt wird. Die USA-Zeitung „Christian Science Monitor“ schilderte unlängst unter Berufung auf israelische Quellen, wie der Trockenfrachter „Cherbourg“, der unter liberianischer Flagge fährt, 1968 etwa 200 t

Uranerz nach Israel geliefert hatte. Im Januar d. J. sickerte in die westliche Presse die Nachricht durch, in Südkarolina sei in einem Betrieb zur Produktion von Spaltstoffen entdeckt worden, daß Plutonium in einer Menge verschwunden sei, die für 18 Kernanlagen ausreichen würde. Auf diese „geheimnisvolle“ Weise wollen bestimmte Kreise der Verantwortung dafür entgehen, daß sie potentielle Kernwaffenproduzenten beliefern. Die schon erwähnte Brookings Institution verweist in ihrer Studie „Kernwaffen in der dritten Welt“ ohne weiteres auf folgendes: „Nach Angaben der USA-Aufklärungsdienste erhielt Israel aufbereitetes Uran auf dem regierungseigenen nuklearen Objekt in Apollo (Pennsylvania).“ Seinerzeit hieß es in der USA-Presse, die Nuclear Materials and Equipment Corp., die aufbereitetes Uran für die Kriegsflotte erzeugt, könne über 382 verschwundene Pfund Uran keine Rechenschaft ablegen. Später stellte sich heraus, daß die Gesellschaft eine Filiale hat, die sie gemeinsam mit Israel kontrolliert. Die Schlüsse drängen sich direkt auf.

Die westlichen politischen Beobachter erklären die Zusammenarbeit im Bereich nuklearer Forschungen zwischen Israel und der RSA damit, daß keiner beider Staaten die Atomwaffen im Allein-

LEICHT ZU VERBERGEN?

Pentagon erweitert C-Waffen-Produktion

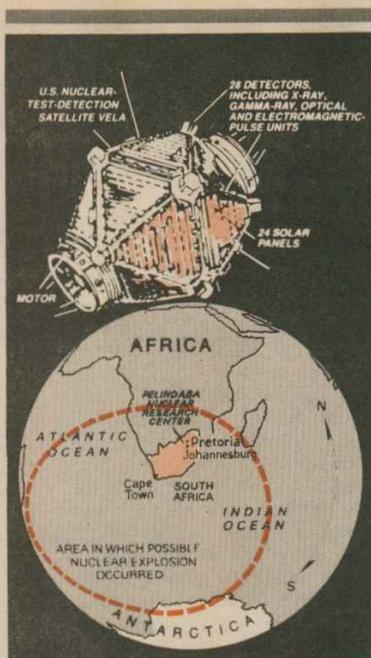
In einer der letzten Februarausgaben veröffentlichte die „New York Times“ einen Artikel von Malcolm Browne. Er ruft die USA dazu auf, ihr Kampfpotential zur Führung eines chemischen Krieges zu steigern. Unter Berufung auf hohe Militärs, darunter auf den Verteidigungsminister Harold Brown, heißt es im Artikel: Das Pentagon arbeite beharrlich auf erweiterte Produktion chemischer Waffen und die Entwicklung neuer solcher Waffen hin. Der Autor macht Reklame für diesen Kurs und stellt befriedigt fest: Wegen der Ähnlichkeit von Rohstoffen und Technologien erfordere die Produktion von Giftstoffen nicht mehr Aufwand als die von

chemisch verwandten Düng- oder Waschmitteln.

M. Browne empfindet helle Freude über den letzten Schrei des Pentagon auf diesem Gebiet: die binäre chemische Munition. Ein Zweiphasengeschoss wird mit zwei relativ wenig toxischen Stoffen geladen. Erst die Vermischung dieser Komponenten nach dem Abschuß ergibt einen stark wirkenden Nervenkampfstoff. M. Browne teilt mit, Forschungen, die für den Anlauf dieser Produktion notwendig seien, habe man in den USA im großen und ganzen abgeschlossen; sie würden es erlauben, die traditionellen Hindernisse zu überwinden, die das Aufbewahren chemischer Waffen bereitet. (Seit 1967 wur-

gang herstellen kann. Israel hat qualifizierte Fachkräfte und die Technologie, aber keine Rohstoffe. Die RSA dagegen ist reich an den nötigen Rohstoffen, hat aber keine Fachkräfte. Die Weltöffentlichkeit weiß schon seit Jahren von dieser Zusammenarbeit beider aggressiven Staaten und verfolgt diese Entwicklung mit großer Besorgnis.

Der Besuch des südafrikanischen Ministerpräsidenten in Tel Aviv im Frühjahr 1976 gab dieser Zusammenarbeit einen neuen Impuls. Gerae damals erzielten beide Länder eine Vereinbarung über militärische Zusammenarbeit und unterzeichneten ein Abkommen über die Erweiterung der Zusammenarbeit „bei Nuklearforschungen“. Danach aktivierte sich der Austausch von Physikern und einschlägigen Fachkräften ganz besonders. Barbara Rogers, ehemalige Mitarbeiterin des Außenministeriums Großbritanniens, schreibt in ihrem Buch „Schmutziges Werk-2: CIA in Afrika“: „Hunderte Israelis arbeiten in der RSA an streng geheimgehaltenen Nuklearvorhaben“, einige dieser Wissenschaftler spezialisieren sich auf militärische Forschungen. Auf diesen Umstand verwies auch die USA-Zeitschrift „International Herald Tribune“ schon Ende 1977. Sie vermerkte, daß die südafrikanischen Rassisten unter der Leitung israelischer Experten



Seinerzeit druckten wir aus der „Newsweek“ (USA) dieses Schema des Raums ab, in dem ein „Vela“-Satellit im September v. J. ein verdächtiges Aufblitzen fixierte. Diesmal bringen wir das Bild im Zusammenhang damit, daß festgestellt wurde: Beim Aufblitzen handelte es sich um eine Kernexplosion, die Israel und die RSA gemeinsam zu Prüfzwecken auslösten.

den in den USA 955 Fälle des Entweichens von Giftgasen registriert. Mehrfach wurden Menschen betroffen.)

Aus dem Artikel M. Brownes sieht man, warum die westlichen Massenmedien die „Mitteilung“ verbreiten mußten, die UdSSR und ihre Bündnispartner hätten in Kampuchea und Afghanistan Giftstoffe angewandt. Das sollte die Öffentlichkeit des Westens von den Pentagon-Plänen zur Aufstockung der Waffen, diesmal der chemischen, ablenken. Doch solche Tricks erreichen ihr Ziel heute immer seltener. Die ganze Welt weiß, daß die USA fast 10 Jahre lang einen chemischen Krieg in Indochina führten. Insgesamt 1 293 000 Vietnamesen, Laoten und Kampucheanner wurden von USA-Giftstoffen betroffen. Zwischen 1961 und 1969 „bearbeiteten“ die chemischen Dienste des Pentagon fast die Hälfte aller Saatflächen und Waldmassive in Südvietnam. Washington will freie Hand für einen chemischen Krieg haben, deshalb weigerten sich die USA bis 1975, das Genfer Protokoll von 1925 zu unterschreiben, das den Kampfeinsatz von Stick-, Gift-

oder sonstigen ähnlichen Gasen und von bakteriologischen Mitteln verbietet.

Der Artikel in der „New York Times“ ist ein Versuch, dem Leser einzureden, die internationalen Anstrengungen zum Verbot der C-Waffen und zur Vernichtung ihrer Vorräte seien aussichtslos. „Keine Ächtung der C-Waffen wird wirksam sein, da die Giftstoffe viel zu effektiv, viel zu einfach zu erzeugen, anzuwenden und vor Beginn der Kriegshandlungen zu verstecken und nach dem Ausradieren irgendeines Dorfes so einfach zu verneinen sind.“ Mit diesen Worten eines US-Wissenschaftlers, der sich mit Fragen der militärstrategischen Planung im Bereich chemischer Waffen befaßt, schließt M. Browne seinen Artikel.

Es ist vielleicht geboten, an folgendes zu erinnern: In Genf laufen schon seit mehr als vier Jahren amerikanisch-sowjetische Verhandlungen, deren Ziel es ist, eine gemeinsame Initiative über das C-Waffen-Verbot auszuarbeiten. Bei den Verhandlungen wurde ein bestimmter Fortschritt erzielt und eine

neben der Kernanlage in Walindaba beschleunigt ein großes Uranaufbereitungswerk bauen.

Die fortschrittliche Weltöffentlichkeit betont, daß sich Israel und sein geistiger Verbündeter RSA kategorisch weigern, den internationalen Atomsperrvertrag zu unterzeichnen, und das Projekt, Afrika und den Nahen Osten zu kernwaffenfreien Räumen zu machen, abgelehnt haben. Aufmerken läßt auch, daß die Atomgier Israels und der RSA bei einigen westlichen Staaten, vor allem bei den USA, auf keinen Widerstand stößt. Umgekehrt: Washington tut viel, um so oder anders Israel und der RSA die Technologien für den Bau von Massenvernichtungsmitteln und die notwendigen Rohstoffe zu übergeben.

Über all diese Tatsachen beunruhigt, ersuchte der stellvertretende Ständige UNO-Vertreter Iraks Saib A. K. Bafi den UNO-Generalsekretär, eine Mitteilung über die israelische Kernexplosion als offizielles Dokument zu verbreiten. Selbstverständlich müßte die UNO sofort das Notwendige tun, um eine Ausbreitung der Kernwaffen zu stoppen sowie Israel und die RSA zur strikten Ausführung der entsprechenden Beschlüsse anzuhalten.

D. TSCHUWACHIN

Reihe wichtiger Fragen gelöst. So kamen die Seiten überein, daß die Erfüllung der durch die Staaten übernommenen Verpflichtungen anhand nationaler und internationaler Maßnahmen, einschließlich der Gründung eines beratenden Ausschusses, überprüft werden muß. Beide Seiten äußerten wiederholt die Überzeugung, daß sich die Schwierigkeiten der Kontrolle sehr wohl überwinden lassen.

Die Pläne des Pentagon zur Erweiterung und Perfektionierung seines Bestandes an chemischen Waffen sowie die von den führenden Massenmedien der USA kolportierten Ansichten, diese Massenvernichtungswaffe könne nicht liquidiert werden, veranlassen zu der Frage: Wozu tendiert Washington eigentlich, zum Verbot oder zur Aufstockung der Chemiewaffen?

Die UdSSR wird nach wie vor alles tun, damit die Verhandlungen über das C-Waffen-Verbot erfolgreich und möglichst bald zum Abschluß kommen. Aber selbstverständlich setzt das die gleichen Anstrengungen der anderen Staaten voraus.

G. WITALJEW

DAS SPIEL MIT DER ANGST

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Am vorletzten Tag des Februar kam es in Bonn erneut zu einer außenpolitischen Debatte. Nötig war sie im Grunde nicht! Vor anderthalb Monaten hatte der Bundestag bereits dieses Thema erörtert. Doch die Opposition zwang der Regierung eine Debatte auf, weil sie offenbar in einem Wahljahr ein weiteres Mal ihr „Image“ gepflegt sehen wollte.

Der Kanzler wiederholte im Grunde das, was er bereits am 17. Januar gesagt hatte. In seiner Erklärung verbanden sich Appelle, die Entspannung zu bewahren, mit Argumenten für eine weitere Anhebung der Rüstungsausgaben. Doch unter den bereits bekannten (und weitaus nicht immer konsequenten) Thesen der Regierungserklärung fand eine Äußerung von Helmut Schmidt meine besondere Aufmerksamkeit: „Auch in dieser Krise gilt: Angst ist ein schlechter Ratgeber. Wer Angst hat, gerät in Gefahr, das Augenmaß zu verlieren. Wer Angst hat, bei dem kann die Vernunft zum Teufel gehen.“ Und jene, die die Angst schüren, betonte der Kanzler, handelten gegen die Interessen der Bundesrepublik...

„61 000 Sirenen in der Bundesrepublik — wenn die mal losheulen, wo gehen wir dann hin?“ fragt ein kleiner Junge. Es sind die Macher eines in den Kinos laufenden „Aufklärungsfilms“ über das Verhalten bei „Luftalarm“, die den Jungen diese Frage stellen lassen.

Wer nicht gern ins Kino geht, wird von der „Welt“ moralisch auf den Bunker vorbereitet. Das Blatt brachte eine bebilderte Reportage über eins von zehn bundesdeutschen „Warnälmern“, gelegen in Welz, westlich von Bonn, in einem vierstöckigen, in die Erde versenkten Riesenbunker mit einer Armierung, die einer Atombombe vom Typ Hiroshima trotzen würde. 160 Experten spielen hier viermal monatlich Krieg. Als „Kostprobe“ eine seiner Episoden.

Um 20 Uhr wurde Alarm ausgelöst: Flugzeuge des Gegners (natürlich aus Osten) nähern sich, der unweit gelegenen Industriestadt Krefeld. „Die Bevölkerung hat dann im besten Fall eine Viertelstunde Zeit, sich in Sicherheit zu bringen — oder was dafür gelten muß“, schreibt

die „Welt“. „Nur für drei Prozent aller Bewohner der Bundesrepublik gibt es geeignete Schutzräume.“

Wenn es der Leser da mit der Angst bekommt, dann ist das genau das, was die „Welt“ will. Seit man jenseits des Atlantiks dazu übergegangen ist, die sowjetische Hilfe für Afghanistan als Vorwand für einen weiteren Schritt zur Militarisierung aller Lebensbereiche zu nehmen, gelangen ungezählte Bazillen der Kriegshysterie nach Europa.

Doch das Barometer der Angst arbeitet nicht einwandfrei. Die Meinungsforschungsinstitute können das für sie (und ihre Auftraggeber) nötige Wetter „machen“. Eine jüngste Umfrage zeigte, daß 35 Prozent der Bundesbürger „mit Befürchtungen“ in die Zukunft schauen (1979 waren es 16 Prozent) und nur 32 Prozent „mit Hoffnung“. Und so hat man eine Frage formuliert: „Machen Sie sich Sorgen, daß wir vom Osten bedroht werden, oder machen Sie sich deshalb keine Sorgen?“ Die „unvoreingenommenen“ Meinungsforscher fragten nicht einmal, ob der Befragende überhaupt an die „sowjetische Bedrohung“ glaubt (obgleich auch eine solche Formulierung bereits tendenziös genug ist). Nein, dem Bürger wird eine solche Bedrohung einfach suggeriert. Und dann dürfen sie natürlich „frei“ alles sagen, was sie denken.

Trotz der irreführenden Frage wagte fast ein Drittel (28 Prozent) zu antworten, daß sie das nicht beunruhige. Doch die Massenmedien ignorierten das einfach. Sie bauschten auf jede nur mögliche Weise die gestiegene Zahl der anders lautenden Antworten auf, wobei sie bewußt verschwiegen, daß gerade der hysterische Ton in Fernsehen und Presse die Bürger so in Aufregung versetzt hat. Neben der Desinformation hat dieser Ton die Bundesbürger noch pessimistischer werden lassen, da die rechtskonservativen Kreise der BRD sich wie Plünderer aufführen, die einen Laden angezündet haben, um eine Panik auszulösen und im allgemeinen Durcheinander noch mehr zausammengeraufen.

Als erste profitierten die Rüstungskonzerne sowie mit ihnen liierte höchste Bundeswehroffiziere und deren politische Lobby. Vor dem

Hintergrund der mit Berechnung gelenkten Psychose brachten sie Ideen in Umlauf, die sie noch vor kurzem der Öffentlichkeit kaum präsentiert hätten. Offen wurde vorgeschlagen, die Bundeswehr als „Ordnungsmacht“ im Nahen Osten einzusetzen, die Begrenzung der Bundeswehr (gegenwärtig 500 000 Mann) aufzuheben und sie möglicherweise mit Atomwaffen auszurüsten. Selbst den europäischen Verbündeten Bonns war bei derartigen Versuchsballons nicht wohl. Einstweilen sollen diese Ballons die Hysterie schüren, um z. B. den Dezember-Beschluß der NATO, der die BRD in eine Startrampe für neue US-Raketen verwandelt, in Vergessenheit geraten zu lassen. Diese Versuchsballons sollen auch einer weiteren Anhebung des Rüstungshaushalts, einer Ausweitung der Aufgaben der Bundeswehr in Mitteleuropa oder einer rapiden Verstärkung der militärischen Unterstützung für die Türkei oder Pakistan den Weg bereiten.

Für all das werden zusätzliche Gelder gebraucht. Eben dafür wurde eine Propagandakampagne entfesselt, deren Ergebnis, wie die Hamburger „Zeit“ schrieb, „eine von den Medien und interessierten Lobbys ernsthaft irregeführte und aufgeputzte öffentliche Meinung ... ist“.

Die Desinformation ist nicht nur ein Ablenkungsmanöver. Sie soll den Bundesbürgern suggerieren, bereitwillig die Bürden und Gefahren des militaristischen Kurses zu übernehmen. „Müssen wir Opfer bringen für Carters Größenwahn?“ fragt das DKP-Organ „Unsere Zeit“. Washington erwartet das offenbar von den Bundesbürgern. General Rogers, NATO-Oberbefehlshabender in Europa, konkretisiert: „Die Erhöhung der Rüstungsbudgets muß garantiert werden, wie schreiend die sozialen und ökonomischen Probleme in den einzelnen Ländern des atlantischen Bündnisses auch sein mögen.“

Erneut ein Appell, den Gürtel enger zu schnallen. Die „Frankfurter Allgemeine“ legte großspurig eine Liste durchaus konkreter Ratschläge an die westlichen Länder vor. Die Wehrpflicht in den USA und in Großbritannien müsse wieder eingeführt und die Dienstzeit dort, wo sie verkürzt ist, z. B. in der Bundesrepublik, verlängert werden; die Suche, die Pacht und die Ausweitung der Militärstützpunkte und Depots in Ländern, die nichts dagegen haben, westliche Hilfe, insbesondere Rüstungstechnik, zu erhalten, müsse gewährleistet werden; Großkredite und Know-how seien ausgewählten Ländern in der dritten Welt zu überlassen. Die Zei-

tung gesteht allerdings ein: „Das bedeutet Verzicht auf Konsum, auf weitere Verdichtung des ‚sozialen Netzes‘ und auf die Suche nach immer neuen Feldern staatlicher Wirtschafts- und Wohlfahrtstätigkeit.“

Eine größere Belastung der Steuerzahler ist stets unpopulär, um so mehr in diesem Jahr — stehen ja im Herbst Bundestagswahlen bevor. Doch die Hektik um die „Bedrohung für den Westen“ hat dafür so den Boden bereitet, daß die Regierung der sozial-liberalen Koalition nicht vor Appellen an die Bürger zurückscheut, wieder einmal opferbereit zu sein. Und diese Appelle wurden von den Führern der rechtskonservativen Opposition, von Franz Josef Strauß (CSU) und Helmut Kohl (CDU), unterstützt. Da die CDU/CSU bereits im Dezember die Regierung Schmidt/Genscher bei dem Beschuß, neue US-Atomraketen zu stationieren, voll unterstützt hatte, ließ sich die Presse über eine zunehmende Gemeinsamkeit der Positionen von Regierung und Opposition aus.

Solche Anzeichen sind nicht zu übersehen, doch dabei sollte man auch die tiefgreifenden Differenzen in einigen wichtigen Fragen nicht vergessen; erstens — in der Entspannungspolitik. Verbal tritt der Kanzlerkandidat der Opposition, Franz Josef Strauß, in letzter Zeit nicht selten für die Entspannung ein. Doch in Wirklichkeit will Franz Josef Strauß eine Revision des Regierungskurses der Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern. Er behauptet, alle zehn Jahre der „Ostpolitik“ der Bundesrepublik seien ein Fehler gewesen und die jüngsten Ereignisse würden ihm da recht geben.

Außerdem meint der CDU/CSU-Kanzlerkandidat, Bonn solle nicht nur seine volle und vorbehaltlose „Solidarität“ mit den USA demonstrieren, sondern diese auch durch militärische, wirtschaftliche und andere Maßnahmen untermauern.

Die Bundesregierung hat Washington in den letzten Tagen wiederholt ihrer „Bündnistreue“ versichert, doch hinter verschlossenen Türen wird — so verlautet aus informierten Kreisen — die Führungsmacht jenseits des Atlantiks nicht selten mit starker Kritik bedacht. Kritisiert werden die Abenteuerlichkeit von Washingtons Plänen im Persischen Golf, die Unberechenbarkeit seiner Handlungen, der Hochmut gegenüber den Verbündeten (von Carters Beschuß, die Olympischen Spiele zu boykottieren, wurde im voraus kein Regierungschef der NATO-Länder in Kenntnis gesetzt) und die jähre Wende von der Entspannung zu einem Konfrontationskurs gegen die sozialistischen Länder.

„Gegen den Aufmarsch der Hysterie“ — so betitelte der bundesdeutsche Publizist Iring Fettscher seinen Artikel im „Vorwärts“. Weitgehend stimmt er der Fehleinschätzung der Entwicklung in Afghanistan durch die sozialdemokratische Führung zu. Doch nichtsdestoweniger warnt er vor einer blin- den Gefolgschaft gegenüber Washington. Der US-Präsident hat bereits von der außenpolitischen Situation stark genug profitiert, um seine Chancen für eine Wiederwahl zu verbessern, schreibt Iring Fettscher. Das sei seine Angelegenheit. Es gäbe aber keinen Grund, ihn nachzuahmen. Der Eifer, mit dem sich gewisse Leute die jetzige Lage zunutze zu machen suchen, um die Rüstung zu forcieren, neue Militärstützpunkte anzulegen sowie mit Boykott und einer Kündigung von Außenhandelsverträgen zu drohen, legt nach Meinung des Autors die Vermutung nahe, daß manchen „dieser Anlaß eher gelegen kam“. Es kann nicht im Interesse der Bundesrepublik sein, heißt es in dem Artikel, den Konflikt zu verschärfen und die Welt zurück in den kalten Krieg zu stoßen.

Diesen Überlegungen entspricht in etwa der Gedankengang in Regierungskreisen. Kanzler Helmut Schmidt hat wiederholt erklärt, die Bundesrepublik wolle die Entspannungspolitik fortsetzen. Es gibt keinen Grund, an der Aufrichtigkeit solcher Erklärungen zu zweifeln — trotz der Widersprüchlichkeit der Bonner Politik. (Erinnert sei nur an die Rolle der Bundesrepublik bei der Durchpeitschung des NATO-„Nachrüstungsbeschlusses.“) Doch jene positiven Ergebnisse, die der

Kurs der Zusammenarbeit in den letzten Jahren gebracht hat, sind zu spüren — und das nicht nur für Geschäftskreise, deren Vertreter sich gegen eine Drosselung des „Osthandels“ wenden. (Einige Geschäftsleute hielten es auf dem Höhepunkt der antisowjetischen Hysterie für angebracht, Moskau zu besuchen.)

Eine Rückkehr zum kalten Krieg würde für die Bundesrepublik auch den Verlust von Hunderttausenden Arbeitsplätzen bedeuten, wenn die Drahtzieher solcher Kampagnen durchsetzen würden, daß die Aufträge aus der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern storniert werden. Die Bundesbürger wollen nicht in die Kriegsabenteuer des Pentagon hineingezogen werden. Der Meinungsumfrage zufolge sprachen sich 74 Prozent der befragten Bundesbürger dafür aus, daß die Bundesregierung „die Entspannungspolitik gegenüber dem Osten wie bisher fortführt.“

Doch sie haben einen ernst zu nehmenden Gegner. Der Militär-Industrie-Komplex wittert große Profite. In der Februarnummer gab die Zeitschrift „Wehrtechnik“ ihren Lesern folgenden Rat: „Verkaufen Sie schnell Ihr Gold und kaufen Sie für die guten Erlöse Aktien von jenen Firmen, über die Sie in dieser Zeitschrift mehr als in anderen Publikationen lesen.“

Die BRD steht ebenso wie 1969 erneut vor der Wahl. Hier wird oft gesagt, daß es zur Entspannungspolitik keine Alternative gibt. Das stimmt nicht ganz, eine Alternative gibt es. Richtiger wäre wohl: keine vernünftige Alternative.

Bonn

BIOGRAPHISCHES



Geboren 1910 in Reykjavík. 1934 absolvierte er die Isländische Universität. 1935 bis 1940 Rechtsanwalt in Reykjavík. Seit

MINISTERPRÄSIDENT ISLANDS IST GUNNAR THORODDSEN

1934 wiederholt Abgeordneter des Althing.

Thoroddsen machte in der konservativen Unabhängigkeitspartei, die die Interessen des Großkapitals repräsentiert, Karriere. 1948 wurde er in das Exekutivkomitee der Partei gewählt, 1961—1965 und seit 1971 war er ihrstellvertretender Vorsitzender, jetzt ist er Fraktionsvorsitzender.

1947—1959 war Gunnar Thoroddsen Bürgermeister von Reykjavík, 1965—1968 Botschafter in Dänemark. 1968—1976 gehörte er

dem Obersten Gericht an. In der Regierung Hallgrímsson (1974—1978) war er Industrie- und Sozialminister. 1968 kandidierte er bei den Präsidentschaftswahlen, doch erfolglos.

Anfang Februar 1980 übernahm Thoroddsen in seiner Partei die Leitung einer Gruppierung, die für die Bildung einer Koalitionsregierung mit der zentristischen Fortschrittspartei und der sozialistischen Volksunionspartei eintrat. Am 8. Februar wurde er Ministerpräsident in der Koalitionsregierung.

GEGENZUG

Der FBI-Agent Gary Rowe, von seinen Chefs in den Ku-Klux-Klan eingeschleust, war regelmäßig direkt daran beteiligt, schwarze, aber auch weiße Bürgerrechtskämpfer zu verprügeln. Mit einem bleigefüllten Baseballschläger in der Hand führte er bisweilen sogar Attacken der Ku-Klux-Klan-Banditen auf ihnen nicht genehme Leute an. Rowe verhehlte gegenüber den FBI-Bossen nicht, daß er 1963 bei den Rassenunruhen in Birmingham einen Demonstranten erschossen hatte. Ferner gibt es schwerwiegender Beweise für seine Komplicenschaft bei der Ermordung der Bürgerrechtlerin Viola Liuzzo, wofür Rowe sich jetzt vor Gericht zu verantworten hat.

All diese und viele andere Details über die FBI-Aktivitäten finden sich in einem 302 Seiten langen Report des US-Justizministeriums. Dort ist insbesondere auch von einem anderen FBI-Agenten, einem Kriminellen namens John Hall, die Rede. Es heißt, Hall habe selbst einige Klan-

Leuten Dynamit verschafft, die dann eine Baptistenkirche in Birmingham sprengten, wobei vier Kinder getötet wurden. Die Drahtzieher dieses Verbrechens standen unter dem persönlichen Schutz von FBI-Direktor Hoover. So brauchte nur einer der Mörder vor Gericht zu treten — und das geschah erst fünf Jahre nach Hoovers Tod und 14 Jahre nach dem Verbrechen.

Der Report, dem wir diese Angaben entnahmen, war schon vor sieben Monaten fertiggestellt, doch publik wurde er erst jetzt. Das dürfte wohl kaum ein Zufall sein. Zeigt ja in Washington wieder ein Riesenskandal immer weitere Kreise — eine große Gruppe von Kongreßabgeordneten hatte sich von einem „arabischen Scheich“ schmieren lassen. Jener entpuppte sich als FBI-Agent, der an der Geheimoperation „ABSCAM“ teilgenommen hatte. Und der „unerwartet in die Presse durchgesickerte“ Report über die FBI-Machienschaften stellt ganz of-



Die Grube, die die Kongreßabgeordneten für die Drahtzieher der ABSCAM-Operation gegraben haben.

Aus der „International Herald Tribune“ (USA)

fenbar den Versuch dar, an den „Kämpfern gegen die Korruption“ Revanche zu nehmen.

W. SHITOMIRSKI

EDV-Rassismus

Letztlich hat der technische Fortschritt Einzug auch im französischen Innenministerium gehalten. Einem parlamentarischen Sonderausschuß wurde das Projekt für ein EDV-System zur Bespitzelung der „Gastarbeiter“ vorge stellt.

So sollen durch Denunziation und Bespitzelung Angaben über ihre politischen Ansichten, gewerkschaftliche Aktivitäten und die „Rentabilität“ gesammelt werden. „Illoyale“, „unzuverlässige“ und „unrentable“ Arbeiter müssen unverzüglich das Land verlassen.

Das offerierte System hat viele Vorteile — so ist es platzsparend. Der Computer kann ganze Aktenberge von Denunziationen speichern.

Die neuen Maßnahmen der rassischen und politischen Hygiene werden zweifelsohne das ihre tun, die demokratischste, freiheitlichste und toleranteste Gesellschaft aller Zeiten (so die bürgerliche Propaganda des Landes) reinzuhalten.

L. MAKAREWITSCH



Aus der „New York Times“

HAND IN HAND

Der britischen Zeitschrift „Time Out“ zufolge bespitzt die Geheimdienste des Landes verstärkt Bürger sozialistischer Staaten in Großbritannien. In die Kategorie der Personen, die einer „amerkasmanen Prüfung“ unterzogen werden, hat man nicht nur die Mitarbeiter von Botschaften und Konsulaten aufgenommen. Das wachsende Auge der Bond-Jünger obachtet Studenten, Dozenten und Flugzeugbesatzungen.

Die neuen Instruktionen wurden bald nach einer militärischen Parlamentsrede vom Premierminister Margaret Thatcher erteilt.

Beobachter setzen das direkte Beziehung zu kürzlichen Anweisungen der Regierungschefin, die Hauptstellen für die „Spionageabwehr“ (MI 5), die „Aufklärung“ (MI 6), die Sonderabteilung von Scotland Yard, Verwaltungsabteilungen, Post- und Fernmeldewesen, die die Korrespondenz durch schnüffeln und Telefongespräche abhören, sowie für andere Spionageorgane auf. Mio Pfund Sterling zu bringen. Doch der Wochenschrift „New Statesman“ zufolge: diese Summe sicher nur ein kleiner Teil der Gelder, die für Spionagezwecke bereit gestellt werden. Der „Restbetrag“ wird den Budgets der Ministerien für Inneres, für Äußeres und für Verteidigung abgeknipst. Insgesamt dürften es mehr als 300 Mio Pfund Sterling sein.

Alles geht Hand in Hand: die Verstärkung des Antisowjetismus und die Schürung der Spionomanie. Dabei weiß die rechte Hand sehr wohl was die linke tut...

V. TSCHERNO

„RECHTSSTAATLICH“

„Streik ist Angriff. Ausspernung ist Abwehr“ heißt es in einer Anzeige der Bundesverbindung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die eine Fotokopie des DKP-Orts „Unsere Zeit“ brachte. Die BDA hat die nicht leich- und dankbare Aufgabe übernommen, den Werkträgern der BRD zu „erläutern“, wohin ihre gerechten Forderungen nach höherem Lohn, besserer Arbeitsbedingungen und nach einem Verbot der Zulassungen den Geist des Grundgesetzes verstößenden Massenentlassungen führen könnten.

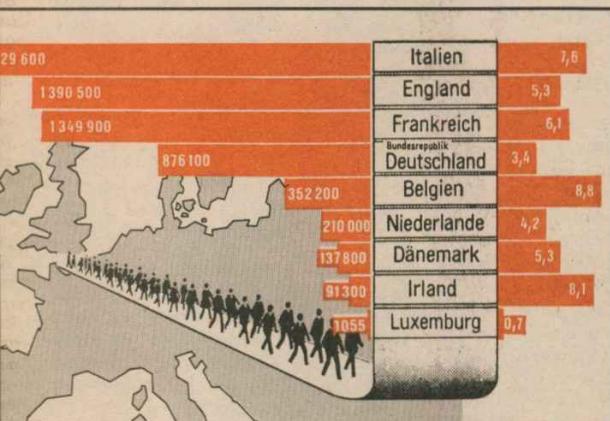
Und das geschieht nach folgendem Schema. Die Unternehmer müssen sich angeblich gegen die Gewerkschaften, die Arbeiter, also gegen alle Verteidigen, die die Profite

der Bosse beschneiden wollen. Die Gewerkschaften setzen den Streik als ihre Waffe ein. Streiks aber würden zu Produktionsrückgang und zu direkten Verlusten führen. Und die Bosse? Sie setzen die Streikenden eben auf die Straße — haben sie ja ihrerseits gleichfalls ein Recht auf Verteidigung. Die Arbeiter streiken, und die „Arbeitgeber“ entlassen. So werden die Rechte aller gewahrt.

Allein im Januar haben die Bosse (darunter auch zur „Abwehr“) in Betrieben der Bau-, der Hüttenindustrie und anderer Zweige 410 884 Arbeiter entlassen. So haben sie ein weiteres Mal deutlich gemacht, wer im „Rechtsstaat“ tatsächlich alle Rechte hat.

L. SMIRNOWA

79 gab es mehr als sechs Millionen Arbeitslose in der EG. Dieses Schaubild aus der „Welt“ (BRD) zeigt die Zahl der Arbeitslosen in anderen Westeuropas und den Stand der Arbeitslosigkeit (in Prozenten).



Design La Camp David



Auf Sand sollte man bekanntlich nur unerfüllbare Projekte bauen. Nichtsdestoweniger bauen US-Experten jetzt in aller Eile den ersten Luftwaffenstützpunkt im Süden der israelischen Negev-Wüste. Die Baufreisten sind im israelisch-ägyptischen Vertrag festgelegt. Tel Aviv räumt Luftwaffenstützpunkte auf der Sinai-Halbinsel und übergibt diese an Kairo. Dafür erhält Israel zwei Stützpunkte, die schon bald fertiggestellt sein sollen.

Da an dem Abkommen von Camp David zwei Seiten — Ägypten und Israel — unter dem Patronat Washingtons teilgenommen haben, wurde jetzt dem Patron, der seit langem viele

Erfahrungen beim Bau von militärischen Objekten gesammelt hat, auch die Gesamtleitung des Bauvorhabens übertragen. Das Vorhaben wird von US-Brigadegeneral Hartung als Pentagon-Vertreter realisiert. Die unmittelbare Ausführung übernahmen Genietruppen der US-Armee.

Die ersten Vorboten des „Friedens“ von Camp David wurden auf diesem Foto in der „Daily World“ (USA) festgehalten: Spuren von Traktoren und Bulldozern, die die Stützpunkte für die treuen Verbündeten errichten sollen. Die Arbeiten dort sind gerade erst angelaufen. In der ägyptischen Hauptstadt aber haben sie schon ihren Abschluß gefunden. Ein Bild in der „Inter-



Früher stand unter diesem Bild von Uncle Sam: „Die U.S. Army braucht Dich.“ Ein Karikaturist des Nachrichtenmagazins „U.S. News & World Report“ änderte den Text: „Auch Sie, Lady!“

Linda, get your gun!

„Bei einer Übung in Fort Jackson (Süd-Karolina) bleibt ein Rekrut nach einem langen Marsch erschöpft stehen. Sergeant Linda Taylor befiehlt ihm weiterzugehen, doch er weigert sich. Da lädt sie sich ruhig seinen Rucksack und die M-16-Knarre auf und trägt mit den Worten „Ich werde es dir zeigen, wie man das macht, Soldat“ die restlichen 10 Meilen seine gesamte Ausrüstung...“

So beginnt ein Werbebeitrag des Nachrichtenmagazins „Newsweek“ über Frauen in der US-Armee. Flintenweiber sind für die Amerikaner nichts Neues. Jetzt tragen 150 000 Vertreterinnen des schwachen

Geschlechts Uniform — als Freiwillige, und, wie viele meinen, weil sie keine andere Wahl hatten.

Bald schon wird sich das möglicherweise ändern — der Präsident und Oberkommandierende ruft dazu auf, den seit 1973 bestehenden Status einer reinen Berufsarmee durch die Wiedereinführung der Wehrpflicht zu ändern. Zunächst sollen die künftigen Rekruten im Alter von 19, 20 Jahren erfaßt werden, darunter die Mädchen.

„Kein wirklicher Mann will, daß eine Frau für ihn kämpft“ — sagte seinerzeit US-General Westmoreland. Die Zeiten haben sich geändert...

G. SIDOROWA



„Newsweek“ brachte ein Foto, um seinen Lesern zu suggerieren, daß sich die Frau in Uniform sehr wohl fühlt. Und heutzutage nimmt sich das ebenso modisch wie „patriotisch“ aus.

national Herald Tribune“ zeigte, wie eine leuchtende Bronzetafel der Botschaft Israels festgeschraubt wird. Diese Tafel weist Aufschriften in drei Sprachen auf — in Iwrit, Arabisch und Englisch, den Sprachen der Komplizen von Camp David...

V. GRIBATSCHOW



WIRTSCHAFT UND POLITIK AUS LENINS SICHT

Jewgeni AMBARZUMOW

Früher schienen sich diese beiden sozialen Bereiche — die Wirtschaft und die Politik — sehr fern zu liegen. Die Wirtschaft galt als Privatangelegenheit, als etwas vulgär Alltägliches, die Politik dagegen als hohe Staatsangelegenheit, die in stilren Klausen von einigen wenigen Persönlichkeiten zelebriert wird. Erst in der von der Oktoberrevolution eingeleiteten Epoche trat der enge Zusammenhang der beiden Bereiche zutage. Lenin hat ihn gründlich untersucht und erläutert, er hat die ideologische Brücke vom wirtschaftlichen zum politischen Kampf geschlagen.

Heutzutage ist die Politik ebenso wie die Wirtschaft erstmalig eine Sache der Massen, und es war Lenin, der den Hebel des Archimedes ansetzte und die Geschichte in dieser Richtung aus den Angeln hob. Deshalb ist es jetzt nicht bloß interessant, sondern auch hochaktuell, wie Lenin den Zusammenhang von Wirtschaft und Politik im Kampf für den Sozialismus interpretiert und wie er die diesbezüglichen Ideen von Marx fortentwickelt hat.

Marxismus = ökonomischer Determinismus?

Westliche Sowjetologen stellen dem Denker und Theoretiker Marx stets den Politiker Lenin, mit anderen Worten der ökonomischen Lehre von Marx die politische Initiative Lenins gegenüber. Das gibt aber ein falsches Bild.

Marx war vor allem Theoretiker, weil damals Zeit und Menschen für eine siegreiche sozialistische Revolution noch nicht reif waren und zunächst einmal eine theoretische Grundlage für die künftige kommunistische Bewegung geschaffen werden mußte. Marx war aber auch ein Politiker, er gründete und leitete die Vorläufer dieser Bewegung: den Bund der Kommunisten und später die I. Internationale. Mehr noch, er beteiligte sich, wenn auch nur indirekt, vom Ausland her leitend an den Revolutionen von 1848 und 1871.

Lenin hatte geschichtlich den Vorteil, Führer der Revolution und

Leiter des von ihr hervorgebrachten ersten sozialistischen Staates werden zu können. Für kommunistische Revolutionäre wie Marx und Lenin war es ja, wie Lenin schrieb, „angenehmer und nützlicher, die Erfahrungen der Revolution durchzumachen, als über sie zu schreiben“.

Aber auch Lenin begann damit, am Beispiel Rußlands die ausschlaggebende Rolle der wirtschaftlichen Entwicklung zu begründen. Seine ersten beiden Bücher, „Was sind die Volksfreunde und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“ und „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“, sind sozusagen Lenins „Kapitel“. Die Lehre von Marx reicht aber weit über sein Werk „Das Kapital“ hinaus. Sie analysiert ebenfalls die Triebkräfte der Revolution, z. B. in dem hervorragenden politischen Geschichtswerk über die Pariser Kommune „Der Bürgerkrieg in Frankreich“. Als Führer der Revolution befaßte sich Lenin natürlich noch eingehender nicht allein mit ihren wirtschaftlichen Voraussetzungen, sondern und vor allem mit der politischen Bereitschaft der Massen zur Revolution.

Die reformistischen Führer der II. Internationale, die den Marxismus, um mit Lenin zu sprechen, „unglaublich pedantisch“, nur als ökonomischen Determinismus auffaßten. Und so machten sie denn einen festen „Fahrplan“ für die sozialistische Weltrevolution: Zuerst kämen die höchstentwickelten sozialdemokratischen Parteien, dann die schwächerentwickelten wie Rußland. Nur so, alles andere wäre von Übel!

Das war natürlich kein Marxismus, sondern eine Parodie auf ihn. Diese Pseudomarxisten begriffen nicht, ja sie wollten nicht begreifen, daß der Marxismus, eben weil er revolutionär und menschlich ist, nicht auf das rein ökonomische reduziert werden kann. Marx schrieb ja in seiner berühmten 11. These über Feuerbach: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt drauf an, sie zu verändern.“

Also verändern, ohne auf die ökonomischen Beziehungen allein zu bauen, die ja nicht vom menschlichen Willen abhängen. Aus den schon genannten geschichtlichen

Gründen konnte Marx diese Veränderung aber nicht herbeiführen. Das blieb Lenin vorbehalten.

Den ins Absurde gesteigerten ökonomischen Determinismus der „Helden von der II. Internationale“ ergründend, verwies Lenin auf das Schablonenhafte ihres Arguments, „das sie im Verlauf der Entwicklung der westeuropäischen Sozialdemokratie auswendig gelernt haben und das darin besteht, daß wir für den Sozialismus noch nicht reif seien, daß uns, wie sich die verschiedenen gelehrten Herren unter ihnen ausdrücken, die objektiven ökonomischen Voraussetzungen für den Sozialismus fehlen“. Lenin zeigte in Theorie und Praxis — in der Oktoberrevolution —, daß Rußland die Unterentwicklung der wirtschaftlichen Voraussetzungen durch beispiellos heftige soziale Gegensätze und einen ebenso beispiellosen revolutionären Geist der werktätigen Massen wettmachte. Er fuhr fort: „Wenn zur Schaffung des Sozialismus ein bestimmtes Kulturniveau notwendig ist, ... warum sollten wir also nicht damit anfangen, auf revolutionärem Wege die Voraussetzungen für dieses bestimmte Niveau zu erringen, und dann schon, auf der Grundlage der Arbeiter- und Bauernmacht und der Sowjetordnung, vorwärtschreiten und die anderen Völker einholen?“

Das war die marxistische, die materialistische Geschichtsauffassung, eine fortentwickelte und vertiefte, bei der auch andere als die wirtschaftlichen Faktoren berücksichtigt waren und die ein vollständiges Bild von den Voraussetzungen für die Revolution gab. Diesen Weg zum Sozialismus gehen jetzt wirklich die Völker der Mongolei, Kubas, Vietnams und anderer Länder, die nicht zu den hochentwickelten zählen.

Aber gerade in diesen Ländern ist sich die marxistische politische Führung ganz besonders darüber klar, wie dringend notwendig es ist, die Kultur im weiten, im Leninschen Sinn des Wortes zu heben, einschließlich der Schaffung einer entwickelten wissenschaftlichen und technischen Basis und der Erziehung der Massen zu politischem Selbstbewußtsein. In diesem Sinne eben sind die Beschlüsse des VI. Plenums des ZK der KP Vietnams abgefaßt.

Lenins Antivoluntarismus

Entgegen den Behauptungen vieler westlicher Sowjetologen war Lenin jeder Voluntarismus, jedes Bestreben, der Gesellschaft im Gegensatz zu den objektiven Verhältnissen den eigenen Willen aufzuzwingen, völlig wesensfremd.

Wahr ist, daß Lenin einer entschlossenen Politik, einer politischen Initiative und Aktivität erstrangige Bedeutung beimaß — denken wir da nur an den in seinem Aufsatz „Über unsere Revolution“ zitierten Ausspruch Napoleons: „On s'engage et puis... on voit.“

Lenin selbst übersetzte ihn so: „Zuerst stürzt man sich ins Gefecht, das weitere wird sich finden.“ Aber auch bei Napoleon hatte dieser Ausspruch nichts mit Abenteuerlichkeit und Gedankenlosigkeit zu tun, selbst seine verhängnisvollen Fehler waren Folgen einer irriegen politischen Be-rechnung. Für Lenin war der siegreiche Oktoberaufstand eine Frucht sorgfältiger und genauer Analyse der wirtschaftlichen, sozialen, inner- und außenpolitischen Gesamtsituation im damaligen Rußland.

Ein objektiver Beobachter der Oktoberrevolution, der amerikanische fortschrittliche Journalist Albert Rhys Williams, berichtete ja, die Petrograder Fabrikarbeiter hätten den Bolschewiki in den Tagen vor der Oktoberrevolution erklärt, sie hätten das Warten satt, sie seien „bereit, beim geringsten Signal auf die Straße zu gehen“, um die Provisorische Regierung zu stürzen; falls das nicht geschähe, könnten sie auch von den Bolschewiki „von euch enttäuscht sein“. Darin, wie entschlossen Lenin auf den bewaffneten Aufstand hinwirkte, erkennen wir einen höchstwichtigen und, wie wir uns überzeugen, unabänderlichen Faktor der Auffassung Lenins von der Wechselbeziehung zwischen Wirtschaft und Politik: sein demokratisches Wesen, das Bestreben, von den Interessen des Volkes auszugehen, sich auf die Massen und ihre Eigenbeteigung zu stützen. Dieser Gesichtspunkt ist bei jeder Revolution unerlässlich, wenn sie eine wirkliche Volksrevolution und nicht der Putsch einer von den Massen losgerissenen Gruppe werden soll.

Man darf aber auch nicht vergessen, daß das vorrevolutionäre Rußland ein Land mit einem Kapitalismus von mittlerem Entwicklungs-niveau war. Lenin charakterisierte Rußlands Wirtschaft so: „... der rückständigste Grundbesitz, das unkultivierteste Dorf — aber fortgeschrittenster Industrie- und Finanzkapitalismus!“ Die größten Betriebe

Petrograds und Moskaus konnten sich in Umfang und Ausrüstung mit westeuropäischen messen, und die industrielle Produktion, die Arbeitskräfte und das Kapital waren in Rußland stärker als in Westeuropa und sogar in den USA konzentriert. Das veranschaulicht schon folgender Vergleich: 1913 entfielen in den USA auf Betriebe mit mehr als 500 Arbeitern 33%, der in der Industrie Beschäftigten, in Rußland aber 54%.

Noch wesentlicher ist folgendes: Der Stamm der Fabrikarbeiter, der in der Revolution die Hauptrolle spielte, stand in nichts dem west-europäischen nach, in politischer Kühnheit, Aktivität und Standhaftigkeit aber konnte sich niemand mit ihm messen. Das alles waren die materiellen Voraussetzungen für die Revolution, die von Plechanow, von Kautsky, von den russischen und anderen Verfechtern des ökonomischen Determinismus ignoriert wurden.

Die Gesamtheit der objektiven und subjektiven Faktoren unserer Revolution unterscheidet sie von den sozialistisch orientierten Revolutionen in den Entwicklungsländern. Die Oktoberrevolution gab den Anstoß zu ihnen, und unser real existierender Sozialismus ist den revolutionären Massen vieler Länder und ihren Führern ein Vorbild. Für die Zukunft der Menschheit ist das selbstverständlich wichtig. Nicht unverwähnt darf aber auch eine andere Seite dieser Auffassung bleiben. Die revolutionären Kräfte dieser Länder verkürzen und begradigen in Gedanken gleichsam den weiten und windungsreichen Weg zum Sozialismus, auf dem das Sowjetland z. B. den Frontalangriff aus der Zeit des Kriegskommunismus bestehen und den zeitweiligen Rückzug der Neuen Ökonomischen Politik antreten mußte. Beim „Begrädigen“ der Geschichte gerät die Gesellschaft selbst in Gefahr, versimpelt, einseitig verstanden zu werden. Manchmal faßt man als Sozialismus die Mittel und Wege auf, mit denen er bei der Zurückgebliebenheit Rußlands und im harten Kampf mit Feinden erreicht worden ist: die straffe Zentralisierung, die zeitweilige Beschränkung der Demokratie u. a. m. Die Folge ist eine „Umwertung der Prioritäten“, die Aufgaben der wirtschaftlichen und sozialen Befreiung der Werktagen treten hinter der Konsolidierung der Zentralmacht zurück. Gewiß, es wäre unrecht und naiv, aus den Augen zu lassen, daß die jungen Staaten auch durch die subversiven Umtriebe des Imperialismus gezwungen sind, in ständiger revolutionärer Bereitschaft zu sein. Unter diesen Umständen kann eine notgedrungene, vorübergehende

22. April —
110. Geburtstag
Lenins

„Umwertung der Prioritäten“ in gewissem Grade berechtigt und sogar notwendig sein. Es kommt aber auch vor, daß die politische Macht und ihre Träger sich für einen selbständigen Faktor halten.

Politik läuft nicht aufs Gewehr hinaus

Davor, sie nur mit dem Gewehr machen zu wollen, warnte seinerzeit Lenin. Hören wir, was er am 29. April 1918 in einer Sitzung des Gesamt-russischen Zentralexekutivkomitees gegen die damaligen „Ultralinken“, von den Anarchisten bis zu den „linken Kommunisten“, vorbrachte:

„... man kann nicht solche lächerlichen Phrasen dreschen wie Ge“ (ein Anarchist), „daß er jeden mit dem Gewehr zwingen werde... Und wenn man hier sagt, man könnte den Sozialismus bekommen, ohne bei der Bourgeoisie in die Lehre gegangen zu sein, so entspricht das den Vorstellungen von Bewohnern Zentralafrikas. Wir können uns keinen anderen Sozialismus vorstellen als den, der sich auf den Grundlagen aller Lehren aufbaut, die die großkapitalistische Kultur geschaffen hat... Mit einem Schlag aber läßt sich das bürgerliche Milieu, lassen sich die bürgerlichen Gewohnheiten nicht beseitigen, dazu bedarf es jener Organisation, auf der sich die gesamte moderne Wissenschaft und Technik aufbaut. Bei dieser Gelegenheit an das Gewehr zu erinnern ist die größte Dummheit.“

Ein bewundernswerter Weitblick, auch was die „Bewohner Zentralafrikas“ betrifft. Denken wir doch nur an den Diktator Idi Amin in Uganda, der, nachdem er die Ausländer — die Kaufleute, Handwerker und Fachkräfte — aus dem Land vertrieben hatte, die Wirtschaft ruinierte und die Scharte durch eine „Neuordnung“ auswetten wollte, die sich als Despotie und Willkür erwies. Lenin lag jeder Hochmut einem beliebigen Volk, auch den Afrikanern gegenüber völlig fern. Er wollte nur davor warnen, wozu es füh-

ren kann, wenn man Rückständigkeit bewußt als eine Tugend hinstellt.

Ebenso aktuell ist auch der Satz über das Gewehr. Der Chefideologe der modernen „Ultralinken“, Mao Zedong, gab ja die so verlockend einfache wie gefährliche Parole aus: „Das Gewehr gibt Macht“. Mit allen erdenklichen Mitteln brachte Mao die Chinesen dazu, einige Jahre hart zu arbeiten, denen „10.000 Jahre des Glücks“ folgen würden. Die harte Arbeit der Millionenmassen in der Zeit des „großen Sprungs“ war bekanntlich umsonst, weil das Vorhaben nicht wissenschaftlich fundiert und nicht technisch gewährleistet war.

War das eine antimodernistische, despätische Einstellung zu den politischen und wirtschaftlichen Problemen, die der leninistischen grundsätzlich zuwiderlief, so sah sie rein äußerlich „Kriegskommunistisch“ aus und wurde von vielen Linken im Ausland für konsequent revolutionär gehalten. Haben die Maoisten aber den Knoten der komplizierten Wechselbeziehungen zwischen Politik und Wirtschaft kurzerhand durchhauen, so ist die letztere abgesunken und hat die erste jetzt auch unverkennbar Pleite gemacht.

Das alles zeigt, wie recht Lenin hatte, als er den Voluntarismus verurteilte, wie rechtzeitig er davor warnte, Politik mit militärischer Gewalt zu vermengen. Er achtete sorgfältig darauf, daß die Politik nicht von der Wirtschaft getrennt wird, daß die beiden einander nicht zuwiderlaufen.

Nachdem Lenin die Werkzeugen zur Macht geführt hatte, stellte er ihnen die Aufgabe, die soziale und wirtschaftliche Basis auf das Niveau der neuen, fortschrittlichen politischen Ordnung zu bringen. Die Lösungen, die er im Frühjahr 1918 in seiner Schrift „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ ausgab — „Führe genau und gewissenhaft Buch über das Geld, wirtschaftlich sparsam, faulenze nicht, stiehl nicht, beobachte strengste Disziplin in der Arbeit — gerade solche Lösungen werden jetzt ... zu den nächsten und wichtigsten Lösungen der Gegenwart.“

Die Wirtschaft konnte nicht mit einem Schlag mit der politischen Macht zusammengespannt werden, man mußte erst genau untersuchen, wie sie beschaffen und was an ihr veraltet ist. Deshalb spottete Lenin über die ultrarevolutionären Phrasen seiner „linken“ Gegner, die eine möglichst schnelle „Kommunisierung“ der ganzen Wirtschaft ver-

langten. Er warnte vor Übereilungen.

Anders gesagt, müssen die konkreten politischen Aufgaben auf die sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten abgestimmt werden. Wie aktuell diese Lehre Lenins ist, zeigt z. B. die Politik der jetzigen Führung Afghanistans, die bemüht ist, Wirtschaft und Politik miteinander in Einklang zu bringen. Sie berücksichtigt z. B., daß die Landesbevölkerung zu 90% aus Analphabeten besteht. In so einem Land kann voraufgig nur von einer Schaffung der materiellen, kulturellen und politischen Voraussetzungen für den Sozialismus die Rede sein. Die neue afghanische Regierung ist sich darüber klar, daß ein Übereilen dort sehr gefährlich wäre.

„Kriegskommunismus“ und Abkehr von ihm

In Sowjetrußland war die Lage von 1918 bis 1920 so, daß die wirtschaftliche Realität unbedingt der politischen Notwendigkeit, die proletarische Macht und den Sieg im Bürgerkrieg zu konsolidieren, unterordnet werden mußte. Seine Ablehnung von Kompromissen verstärkte die revolutionären Massen nur noch in der Absicht, direkt zur kommunistischen Produktion und Verteilung überzugehen. Lenin berücksichtigte diese Absicht, hielt aber auch damals bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Träger der revolutionären Ungeduld von unvorbereiteten, wirtschaftlich unzweckmäßigen Maßnahmen ab. Als er zahlreiche Dekrete über die Nationalisierung von Betrieben unterzeichnete und dafür eintrat, daß die Sache zu Ende geführt wird, stellte er schon in den ersten Monaten nach der Oktoberrevolution bitter fest, „daß wir mehr nationalisiert, konfisziert, zerschlagen und zerbrochen haben, als wir zu erfassen vermochten“. Er unterstützte die ersten Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbearbeitung, die Sowchose und Kommunen, erklärte aber etwas später, „daß es größter Unsinn wäre, hier die gemeinschaftliche Bodenbestellung durch Dekrete, durch gesetzliche Verordnungen einführen zu wollen“, und daß der Übergang zur gemeinschaftlichen Bodenbestellung „lange Zeit erfordert“.

Die Politik als Prokrustesbett ansehen, in das die Wirtschaft gezwängt werden müsse, konnte Lenin nur in den äußersten Fällen, grundsätzlich aber widerstrebt es ihm als konsequenter Marxisten. Seinerzeit warnte auch Engels, falls die politische Macht der wirtschaftlichen Entwicklung Schranken ziehen und sie auf Abwege bringen sollte, könne

sie diese Entwicklung schwer schädigen und eine massenhafte Vergeudung von Kräften und Material verursachen. Das heiße natürlich nicht, daß die Politik sich von der Wirtschaft ins Schlepptau nehmen lassen solle. Sie könnte und müsse die Wirtschaft umgestalten, aber in ihrem Rahmen, auf ihrem Felde vorgehen. Sonst könnte ein äußerlich mutiger Kurs unweigerlich zu Fehlschlägen führen.

Die Politik von 1918—1920, die „Kriegskommunismus“ benannt wurde, schätzte Lenin sehr, ja er hielt sie unter den damaligen Verhältnissen für unvermeidlich und betonte u. a., die straffe Zentralisierung aller Landesressourcen habe den Sieg im Bürgerkrieg gewährleistet. Kaum aber traten andere Verhältnisse ein und ergab sich die Möglichkeit dazu, da setzte er sich für eine radikale Änderung dieser Wirtschaftspolitik ein, weil die aus vielen Formationen bestehende Wirtschaft, vor allem die kleine Warenwirtschaft, nicht im Fahrwasser der kommunistischen Beziehungen segeln und die notwendigen Entwicklungsphasen nicht überspringen konnte. Zugleich hemmte die Verteilung des ganzen industriellen Apparats, aller Materialien und Erzeugnisse nur auf Weisung vom Zentrum aus die Initiative der Massen und ließ einen Nährboden für Bürokratie entstehen. Auf den ersten Blick wirkt es paradox, im Grunde genommen aber ist es nur natürlich, daß Lenin auf die Gefahr der Bürokratie gerade zur Zeit des schwersten Ruins und der größten Armut hinwies: Das Anwachsen des Staatsapparats wog gleichsam die Schwäche der wirtschaftlichen Basis auf.

Lenin, der die sozialistischen Umgestaltungen leitete und in konzentrierter Form den revolutionären Sturm und Drang zum Ausdruck brachte, bemühte sich also zugleich, das Konstruktive daran zu fördern, und duldet nicht, daß die unvermeidlichen Zerstörungen zum Selbstzweck werden und daß der Siegeswille in Abenteuerlichkeit und Hurrapatriotismus ausartet.

Deshalb versuchen die bürgerlichen Sowjetologen vergebens, Lenin zum Verfechter einer „totalen Zerstörung“ zu erklären, wie es der Amerikaner James Billington in dem Buch mit dem ostentativen Titel „Ikone und Axt. Eine interpretative Geschichte der russischen Kultur“ tut. Dagegen schrieb der wirklich bedeutende bürgerliche Historiker Edward Carr, ein Engländer, Lenin sei „eher ein Schöpfer als ein Zerstörer gewesen“, was wir so präzisieren: vor allem ein Schöpfer.

Im Arabischen Meer und im Persischen Golf sind Kriegsschiffe unter US-Flaggen zusammengezogen worden, Tausende Meilen von den USA entfernt. Das Weiße Haus droht dem Iran Sanktionen an.

Washington und Peking machen Pakistan zum Bereitstellungsräum für eine Aggression gegen das revolutionäre Afghanistan. Sie bewaffnen Söldner zu dem einzigen Zweck, die Regierung in Kabul zu stürzen.

An der Nordgrenze der SRV ist es unruhig. Chinesische Truppen fallen in Vietnam ein, beschließen Grenzdörfer und morden friedliche Menschen.

Tel Aviv benimmt sich in den besetzten arabischen Gebieten wie zu Hause. Es macht auch keinen Unterschied zwischen mein und dein. Die Palästinenser erleben eine Tragödie. Vor den Augen der Welt ist ein ganzes Volk von seinem Grund und Boden vertrieben und aller Existenzmittel beraubt worden.

Die Rassisten in Afrika werden reger. Auf ihre Gönner in Übersee gestützt, versuchen sie, den Befreiungskampf im Süden dieses Kontinents im Blute zu ersticken.

Kann man einen gemeinsamen Nenner für die Politik dieser so verschiedenen Kreise finden, die bald da, bald dort auf Erden Kraftproben unternehmen? Ja. Es ist der Hegemonismus.

Es liegt in der Natur des Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, des Rassismus einschließlich des Zionismus und des Großmachtchauvinismus, aggressiv zu sein, nach Expansion, nach Einflussphären, nach der dominierenden Stellung in einer Region oder in der ganzen Welt und nach Unterjochung von Völkern zu gelüsten, und das alles ist Hegemonismus. Diese Kräf-

霸權主義 HEGEMONISMUS

te mißachten das Völkerrecht, sie verursachen politische und bewaffnete Konflikte und zetteln Kriege an.

Deshalb war der Antrag der UdSSR so wichtig, in der UNO eine Debatte „Über die Unzulässigkeit der Politik des Hegemonismus in internationalen Angelegenheiten“ durchzuführen. In der 34. UNO-Vollversammlung definierte Andrej Gromyko den Hegemonismus wie folgt: „Es ist der Drang nach der Weltherrschaft, nach der Herrschaft über andere Länder und Völker.“ In der Resolution der Vollversammlung wird enthüllt, wie die Feinde des Friedens mit dem Ausdruck „Hegemonismus“ manipulieren, wird seiner zweideutigen Auslegung ein Ende bereitet und genau angegeben, auf wen dieser Ausdruck zutrifft, unter anderem China.

davon, daß sich „keins der fernen zehntausend Länder dem Untertanen gehorsam entziehen wird“.

Der in alten Zeiten bekannte militärische und politische Strategie Sun-zi umschrieb die politischen Potenzen eines die Hegemonie ausübenden Staates so: „Wenn sich das Heer des Hegemonen gegen einen großen Staat wendet, kann dieser seine Kräfte nicht sammeln. Wenn sich die Macht des Hegemonen auf einen Gegner richtet, kann dieser keine Bündnisse schließen... Er verbreitet nur seinen eigenen Willen und wirkt auf Gegner mit seiner Macht ein. Deshalb kann er ihre Festungen einnehmen, kann er ihre Staaten stürzen.“

Der hegemonistische Gedanke, daß sich die Macht des Reichs der Mitte auf die ganze Welt zu erstrecken habe, hatte eine herrische Verachtung für alle Nichtchinesen zur Folge, man nannte sie nie anders als „die Barbaren aller vier Himmelsrichtungen“, die „im mitten von Wermutstauden leben“. Die Chauvinisten meinten, daß der Himmel selbst die „natürliche“ Ungleichheit zwischen den Chinesen und den „Barbaren“ geschaffen habe, sei eine Ungleichheit Chinas und der „barbarischen“ Staaten auch nur natürlich. In Chroniken liest man: „Die Grundsätze der Moral gelten für die sorgsame Verwaltung des Reiches der Mitte. strenge Strafen dienen zur Einschüchterung der barbarischen Stämme.“

Auch die diplomatischen Zeremonien sind von der Auffassung geprägt, daß die Zivilisation des Reichs der Mitte derjenigen der ganzen Welt überlegen sei. Der Empfang ausländischer Botschafter war (bis Mitte des 19. Jh.) mit dem demütigenden Kotau verbunden, zu dem ein mehrfaches Niederknien oft nicht einmal vor dem Kaiser, sondern

AMBITIONEN DER „SÖHNE DES HIMMELS“

Wladimir JASSENEW

Der Ausdruck Bawang, Hegemon, ist in China schon zu Anfang des 7. Jahrhunderts v. u. Z. nachweisbar. Damit bezeichnete man einen Lehnsfürsten, der so reich geworden war, daß er anderen seinen Willen aufzwingen konnte. In den uralten „Historischen Aufzeichnungen“ von Sima Qian heißt es, daß im Jahre 679 v. u. Z. „Huangong als erster ein Hegemon unter den Fürsten wurde“.

Im Altertum glaubte man, die Regierung sei vom Himmel eingesetzt, und

der Machthaber wurde Tianzi, Sohn des Himmels, genannt. Aus dieser Vorstellung ergab sich mit der Zeit die hegemonistische Idee, daß der Kaiser von China über die ganze Erde zu gebieten hätte. Sie schlug im philosophischen und politischen Denken tiefe Wurzeln. Typisch ist z. B. folgender Ausspruch Kaiser Yongles (Anfang des 15. Jh.): „Wir halten den Auftrag des Himmels in Ehren, sowohl über China als auch über die anderen Länder zu gebieten.“ Schon er träumte

vor einer kleinen Tafel mit seinem Namen gehörte. Das Ganze hatte den Sinn, daß der betreffende Diplomat sich und seinen Staat als dem chinesischen Monarchen tributpflichtig bekundete. „Die höfische und diplomatische Etikette Chinas ist so fein und erlesen“, schrieb Sun Yatsen, „daß die Änderung einer Silbe genügt, eine Mitteilung an einen Ausländer aus einem Kompliment in eine Beleidigung zu verwandeln. Daraum bemüht man sich beim gesamten Verkehr mit Ausländern, und man muß die chinesische Literatur und Kultur sehr gründlich beherrschen, um ganz sicher zu sein, daß die an einen Ausländer gerichtete Anrede einem chinesischen Diplomaten nicht das kostliche Vergnügen bereitet hat, einen hochgestellten Ausländer ohne dessen Wissen beleidigt zu haben. Damit beweist der chinesische Beamte den Anwesenden seine Überlegenheit und die Unterlegenheit der ausländischen Teufel“, der Yang Quizi.“

Später verblüffte den indischen Botschafter in Nanking, Panikkar, die anti-amerikanische Einstellung der Guomindang-Führung. Er schrieb: „Ich fand es sonderbar, daß das China der Guomindang, das fast in allem, sogar in seinem Großmachtstatut, von Amerika abhängt, an dieser Einstellung festhält. Bald aber erkannte ich, daß sich China sogar zu Amerika gönnerhaft und herablassend verhält. China nimmt die finanzielle und sonstige Hilfe wie etwas Selbstverständliches an, etwa wie ein Adliger, der es sich in einer kritischen Situation gestattet, Hilfe von einem neureichen Nachbarn anzunehmen. Für die Guomindang, die die Würde des Himmelssohnes geerbt hat, ist Amerika nicht mehr als ein riesiges Barbarenland.“

Jahrhundertelang haben die herrschenden Kreise die politischen und diplomatischen Erfahrungen sorgfältig gesammelt und in ein System gebracht. Die „Gesetzlichkeit“ diplomatischer und militärischer Maßnahmen wurde fast immer aus geschichtlichen „Registern“ hergeleitet, die manchmal viele Jahrhunderte alt waren. So wurden die Ansprüche auf Gebiete von Nachbarländern begründet. Die Diplomaten durchsuchten die Aufzeichnungen über die Beziehungen zu einem Nachbarland manchmal für ein Jahrtausend oder mehr nach einem erwünschten Präzedenzfall. Aufgrund der Chroniken wurden die Grundsätze der Außenpolitischen Strategie formuliert, solche wie yi-yi (die Barbaren durch die Barbaren selbst beherrschen), She-yi bing-wei (mit militärischer Stärke einschüchtern) und

yuan-jiao jing-gong (die Fernen näherbringen, die Nahen angreifen). Wurden die Eroberungsabsichten in den amtlichen Dokumenten diplomatisch umschrieben, so war in der Publizistik und Literatur unverblümmt genug von ihnen die Rede. In einem Roman aus dem 17. Jahrhundert z. B., in dem die Kriegsabenteuer der mandschurisch-chinesischen Feudalfürsten besungen wurden, strebt der Held danach, „von Osten bis Westen den ganzen Unrat wegzuwünschen und Europa zu zwingen, sich auch der heiligen Lehre“ (dem Konfuzianismus) „zu beugen“. Da aber „diese Absichten nicht mit einem Male auszuführen sind“, wird als erstem Schritt zur „Eroberung der drei östlichen Inseln“ (Japan) aufgerufen.

Die Eroberungspläne wurden mit entsprechenden inneren Reformen untermauert. Die Absicht, „einen neuen Staat aufzubauen und über die anderen Staaten zu dominieren“, veranlaßte Ende des 19. Jahrhunderts die Ideologen einer bürgerlich-nationalistischen Schule, Kang Youwei und Liang Qichao, Wirtschaftsprogramme aufzustellen. Sie dachten es sich so: „Zehn oder zwanzig Jahre nach den Reformen wird China reich und mächtig sein. Dann wird sich das Volk mit militärischen Dingen befassen können. Wenn das Heer stark genug ist, werden wir England, Frankreich, Amerika und Japan herbeirufen und das starke Rußland zurückwerfen. Ein einziges Gefecht wird China zum Hegemon machen.“ Für besonders wichtig hielten sie es, die Auswanderung von Chinesen nach verschiedenen Weltgegenden, besonders nach den Ländern der Südsee, zu fördern („das wird der Entwicklung unserer Nation enorme Aussichten bieten“), ferner nach Südamerika („dann wird man auf der westlichen Halbkugel ein neues China schaffen können“).

Die Großmachtideen, die nationalistischen Hegemonieideen haben sich auch nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und dem Sieg der Xinhai-revolution von 1911 als zählebig erwiesen. Die Reaktionäre aller Schattierungen, vor allem der äußerste rechte Flügel der Guomindang, traten mit Freuden dieses reaktionären Erbes an. Ihnen schwante ein China von Kamtschatka bis Singapur und vom Balchaschsee bis zu den Philippinen vor.

Ein Gründer der KPCh, Li Dazhao, erkannte, wie gefährlich diese reaktionären Traditionen sind, er machte es dem an der Linken der Guomindang-führung stehenden Marschall Feng Yuxiang nachdrücklich zum Vorwurf, daß dieser eine Landkarte der „China verlorengangenen Gebiete“ bei sich aufbewahrte. Er warnte: „Vergeßt nicht, daß in China eine Zeit kommen kann, wenn nicht nur Leute wie Marschall Feng Yuxiang, sondern auch solche mit dem kommunistischen Parteibuch, jedoch mit Ansichten wie er auftreten können.“

Die Zeit hat erwiesen, wie begründet diese Befürchtung war. Man sollte meinen, daß es unter den sozialen Verhältnissen im heutigen China keine Faktoren geben kann, die einen streitbaren Hegemonismus und Chauvinismus, einen Militarismus hervorbringen könnten. Sie lagen aber im Wesen des bürgerlichen reaktionären Nationalismus und in den althinesischen Traditionen. Und da sich viele Besonderheiten der Theorie und Praxis des Maoismus, auch der außenpolitische Hegemonismus, unter dem Einfluß des Nationalismus, der ideologischen und sozialpsychologischen Traditionen der alten Gesellschaft herausbildeten, sieht sich die Welt jetzt dem streitbaren Hegemonismus der Erben Mao Zedongs gegenüber.

AUF WEGEN QIN SHIHUANGS UND MAO ZEDONGS

Michail GORJANOW

Schon in unvordenklichen Zeiten waren die Länder Asiens einer Expansion der Machthaber Chinas preisgegeben. Das Heer Qin Shihuang, des ersten „allchinesischen“ Kaisers, fiel z. B. im Jahre 214 v. u. Z. in Aulac, dem Staat der Vorfahren der Vietnamesen, ein. Jahrhundertlang verzeichneten die chinesischen Chroniken Eroberungszüge gegen nahe und ferne, süd-

liche und westliche Nachbarländer. Natürlich wurden die Expansionsversuche mit wechselndem Erfolg unternommen. In die Annalen wurden aber nur die Siege eingezzeichnet. Jede Generation der Chinesen wurde daran gewöhnt, in den Staaten Asiens eine leichte Beute, eine Einflussphäre des Reichs der Mitte zu sehen.

Die traditionellen Großmachtan-

schaungen über die Nachbarn Chinas wurden von nationalistischen Funktionären der KPCh geteilt. Zehn Jahre vor der Gründung der VR China — 1939 — setzte Mao Korea, Burma, Bhutan, Nepal und Annam (Vietnam) auf die Liste der „China entrissenen Staaten“. Die Gelüste der Pekinger Sozialchauvinisten wurden aber immer größer. Im Jahre 1965 gab Mao seine bekannte Erklärung ab, China müsse „Südostasien bekommen“, und fügte den ersten Expansionsobjekten Thailand, Malaysia und Singapur hinzu. Bald darauf schrieb die „Renmin ribao“: „Das Volk Chinas ist moralisch bereit, aus allen Kräften um die Rückgewinnung der einst zu China gehörenden, aber verlorenen Gebiete zu kämpfen.“

Schon zu Maos Lebzeiten wurden erste Versuche gemacht, in Asien eine chinesische Einflußsphäre zu bilden und China zum regionalen Hegemon zu machen. Chinesische Truppen verübten bewaffnete Provokationen gegen Indien und die Mongolei und nahmen die Paracel-Inseln ein, die Vietnam als die seinen ansieht. Auf Betreiben und mit Unterstützung der Führung Chinas kam es zu den „Volkskriegen“ bewaffneter regierungseindlicher Gruppierungen in Burma, Indien, Malaysia, Thailand und den Philippinen sowie zu dem Versuch, eine Achse Peking—Djakarta zu bilden, der Hunderttausende Kommunisten Indonesiens das Leben kostete.

Alle diese Aktionen zeigten nicht die der Mao-Führung erwünschten Resultate. Da beschloß Peking, Vabanne zu spielen und, bildhaft gesprochen, auf den Schultern der Zurückweichenden in die belagerte Festung einzudringen. Der Sieg über die US-Aggressoren, den Vietnam, Laos und Kampuchea in jahrelangem Heldenkampf errungen hatten, wurde in Peking als passende Gelegenheit dazu angesehen. Dem französischen Politologen Jean Marin gegenüber äußerte der inzwischen verstorbene chinesische Premier Zhou Enlai, der wichtigste Grundsatz der chinesischen Diplomatie bestrebe darin, ein durch den Abzug einer Großmacht entstehendes Vakuum auszufüllen.

Mit Hilfe von Pol Pot und Ieng Sary wurde in Kampuchea ein Vakuum ausgefüllt. Das ganze Land wurde faktisch eine Kolonie Chinas, ein Sprungbrett zur weiteren Expansion nach Süden hin.

Auch wurde versucht, den Einfluß Pekings auf Laos auszudehnen. Die im Norden des Landes stehenden, mit Straßenbau beschäftigten chinesischen Truppenteile wurden merklich aktiver. Große chinesische Verbände wurden

REICH DER MITTE UND DIE BARBAREN

Der offizielle Name der VR China lautet Zhunhua renmin Gunhego. Das erste Schriftzeichen, Zhun, bedeutet Mitte. In alten Zeiten hieß China Zhungo, das Reich der Mitte. Darin kam die traditionelle Vorstellung zum Ausdruck, daß sich die Welt um China als Mitte gruppiere und daß es die Hauptrolle spiele.

Das hängt mit der Idee aus dem Altertum Chinas zusammen, daß die Welt quadratisch und der Himmel darüber rund sei und sich nur über der Mitte wölbe. Diese Mitte nun sei China. In den Ländern, die in den Ecken des Quadrates liegen, über denen also kein Himmel sei, gebe es keine wechselnden Jahreszeiten und keine Himmelskörper, nur Triebsand oder Wasser. Alles sei schlechter und weniger geordnet als im Reich der Mitte. Die Einwohner jener Länder stünden geistig, kulturell und in der Organisation ihrer Gesellschaft weit unter den Chinesen, kurz, dort gebe es vier Arten von Barbaren: östliche, westliche, südliche und nördliche.

Man muß schon sagen: Der chinesische Hegemonismus hat tiefe Wurzeln! F. JURJEW

an der Grenze zu Laos zusammengezogen und fingen an, Überfälle auf dieses Land zu verüben.

Am meisten aber versprach sich Peking von dem Versuch, Vietnam in seine Einflußsphäre einzubeziehen. Schon dessen geographische Lage macht es zu einer bequemen Straße, auf der man schnell ins Herz Südostasiens gelangen kann. Daß Peking in Vietnam gerade das sah, lassen unlängst in Hanoi publik gemachte Angaben erkennen. Premier Zhou Enlai erklärte 1963 bei einem Treffen von Vertretern der kommunistischen Parteien Chinas, Vietnams, Indonesiens und Laos: „Unser Land ist groß, wir haben aber keine Ausfallstraßen. Deshalb hoffen wir, daß uns die Partei der Werktagen Vietnams helfen wird, uns einen Weg nach Südostasien zu bahnen.“ Die chinesischen Führer drückten auf Vietnam mit einer Methode, die sich schon im Kaiserreich bewährt hatte: mit der sogenannten

Methode des Knochens und Knüppels, will sagen, mit Zuckerbrot und Peitsche. Einerseits tat man alles, um Vietnam zu isolieren, es von China abhängig zu machen. Andererseits wurde intensiver in der chinesischen Gemeinde und unter den Bergstämmlen gehetzt. Peking gedachte Agenten wie den nach China geflohenen Hoang Van Hoan einzusetzen. Es bot sich dem Volk Vietnams als „zuverlässige Rückendeckung“ an und betrieb eine doppelzüngige Politik. Es brauchte ein gespaltenes, schwaches Vietnam. Als nichts daraus wurde, überfiel China die SRV.

Das Ende der langjährigen Anstrengungen Pekings, die Länder Indochinas so oder anders in seinen Bannkreis zu ziehen, ist bekannt: Trotzdem haben sich die Positionen der souveränen Staaten gefestigt, sie weisen die Politik des Großmachtdiktats entschieden zurück und verbauen einer weiteren Expansion Chinas nach Süden den Weg.

Die Niederlage in Indochina hat die chinesischen Strategen aber nicht ernüchtert. Sie provozieren Vietnam, Kampuchea und Laos weiter, ja sie üben einen merklich stärkeren Druck auf andere Länder Asiens aus. Jetzt hat es Peking auf fünf Mitglieder der ASEAN (Assoziation der Staaten Südostasiens) abgesehen: Malaysia, Thailand, Indonesien, die Philippinen und Singapur. Die ASEAN wurde 1967 hauptsächlich zur Abwehr der Versuche Pekings gegründet, ihnen seine Hegemonie aufzuzwingen. Als der philippinische Staatssekretär für das Auswärtige gefragt wurde: „Woher oder von welchem Land ist eine Einmischung am wahrscheinlichsten?“, antwortete er: „Fraglos von China.“ Im weiteren hat sich das bestätigt. Peking aktiviert die regierungseindlichen Gruppierungen in den ASEAN-Ländern. Deng Xiaoping erklärte ausländischen Journalisten, China denke nicht daran, die Unterstützung der maoistischen Aufrührbewegungen zu unterlassen, denn das wäre „defäristisch“. Bald mit brutalen Druckmitteln, bald mit einer katzenfreundlichen Diplomatie sucht Peking die herrschenden Kreise der ASEAN-Länder zu einer Konfrontation mit den Staaten Indochinas zu drängen.

Immer gefährlicher wird das Vorgehen Pekings gegen andere Länder Asiens. Peking und Washington machen mit vereinten Kräften aus Pakistan einen Bereitstellungsraum für Aggressionsakte gegen die Staaten Süd- und Südostasiens. Seit 1966 reicht der Wert der chinesischen Hilfe an Islamabad, die größtenteils aus Waffen und anderem Heeresgut besteht, insgesamt an 2 Md. Dollar heran. Die Waffenlieferungen haben besonders in den letzten Monaten

PARALLELEN SCHNEIDEN SICH

Juri DIMOW

zugenommen, in denen die antiafghanischen Aktionen Pekings intensiver geworden sind. Konterrevolutionäre werden in China und Pakistan in besonderen Zentren ausgebildet und reichlich mit Waffen und Munition chinesischen Fabrikats versehen.

Zum selben Zweck werden die Separatisten in den nordöstlichen Bundesstaaten Indiens immer stärker bewaffnet und mit subversiven Schriften beliefert. Das Vorgehen der chinesischen Geheimdienste gegen Indien erstreckt sich weit über die schon „traditionellen“ Provokationsobjekte Nagaland und Mizoram hinaus. Jetzt regen sich auch von ihnen gedrillte Separatisten in den Bundesstaaten Meghalaya, Assam und Manipur sowie in dem Bundesgebiet Tripura. Die indische Wochenschrift „New Age“ betont: „Ohne der chinesischen Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten ein Ende gemacht zu haben, werden wir den Umtrieben der Separatisten im Nordosten schwerlich einen Riegel vorschieben können.“

Beunruhigende Nachrichten kommen aus Burma. In Gefechten mit den pro-pekinger Rebellen fallen, der „Far Eastern Economic Review“ (Hongkong) zufolge, jeden Monat bis zu 200 Soldaten und Offiziere. Wie gemeldet wird, sind an den Kämpfen in den an China grenzenden Gebieten Burmas immer mehr chinesische „Militärberater“ beteiligt. Sie sind in speziellen Einheiten zusammengefaßt. Auch von „Landwehrverbänden“ aus der chinesischen Provinz Yunnan ist in den Meldungen die Rede. Die Operationen leitet der Oberbefehlshaber des chinesischen Wehrkreises Kunming, gestützt auf einen Stab, der das Vorgehen verschiedener regierungseindlicher Gruppen koordiniert.

Sich eine Einflußsphäre in Asien als Basis für den weiteren Kampf um die Weltherrschaft zu schaffen, das ist das Minimalprogramm der jetzigen Pekinger Führung, die die expansionistischen Traditionen von den früheren Herrschern, angefangen von Qin Shihuang bis zu Mao Zedong, übernommen hat. Die zusehends anwachsende Aggressivität Pekings, seine Versuche, den „regionalen Hegemon“ zu spielen, dem die Länder Asiens auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein sollen — das alles zeugt von der besonderen Gefährlichkeit des chinesischen Hegemonismus für die Stabilität im stärkstbesiedelten Teil der Welt.

Eine außenpolitische Absicht der Pekinger Strategen besteht darin, auf Kosten der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht der westlichen Länder die militärische und wirtschaftliche Schwäche Chinas wettzumachen. Zugleich wird dabei noch ein anderes Ziel verfolgt: durch diplomatische Manöver die imperialistischen Staaten zu einer Verhärtung der Konfrontation mit der sozialistischen Welt zu drängen und zu erreichen, daß sich die Staaten, die stärker als China sind, gegenseitig schwächen.

Mit dieser Absicht trägt sich Peking, seitdem die VR China die weltpolitische Isolierung aus der Zeit der „Kulturrevolution“ abzustreifen begonnen hat. Pekings Versuche, unter den sozialistischen Staaten die dominierende Stellung einzunehmen, sind gescheitert. Es zeigte sich auch, daß sein Anspruch auf die Führung der Entwicklungsländer und der nationalen Freiheitsbewegungen unhaltbar ist. Da beschloß man, neuen Wein in die alten Schläuche zu füllen. Als Mittel dazu, die Hegemonie zu erlangen, wählte man enge Verbindungen mit dem Westen, in erster Linie mit den USA. In der „Renmin ribao“ wetterte man noch gegen die USA, Chinas und Amerikas Diplomaten trafen aber schon Vorbereitungen zu einem geheimen Besuch Kissingers in Peking. Noch stachen chinesische Soldaten ihre Bajonette in Puppen mit der Aufschrift „mei di“, „amerikanischer Imperialismus“, da blätterten die chinesischen Generale schon in Dokumenten mit taktischen und technischen Daten der neuesten westlichen Waffensysteme.

Das außenpolitische Steuer war scharf nach Westen herumgeworfen worden. Einer der letzten Befehle des „großen Steuermannes“ lautete: „Diesen Kurs halten!“ Er dachte es sich so, daß eine Blockbildung Chinas mit den westlichen Ländern diese dazu drängen würde, sich an der „breitesten internationalen Einheitsfront“ gegen den Weltsozialismus und die internationale revolutionäre Bewegung zu beteiligen. Gewiß, die „Eindämmung“ des internationalen Kommunismus ist auch der Traum und das Anliegen der westlichen Strategen. Wer dabei aber vorderste und wer rückwärtige Stellung einnehmen soll,

davon haben sie unverkennbar einen anderen Begriff. Wie dem auch sei, das offizielle Einschwenken eines Landes mit einer Riesenbevölkerung und der größten Armee der Welt auf einen antikommunistischen Parallelkurs hat in manchen westlichen Hauptstädten Jubel ausgelöst. Dort glaubt man allen Ernstes, der Antisowjetismus des heutigen Chinas sei diesem Selbstzweck, und hat beschlossen, in Anbetracht des „chinesischen Faktors“ im historischen Streit zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Reaktion und Fortschritt das Kräfteverhältnis zu verlagern. Peking aber tut alles, um den Westen in diesem ebenso angehmen wie gefährlichen Irrtum zu bestärken. Dazu gehört nicht viel, Verwünschungen gegen die UdSSR machen keine Unkosten. Billig sind bislang auch die unechten Gesten, die Pekings Bereitschaft bekunden sollen, den Interessen des Westens zu dienen. Kurz, das alles ist spottbillig gegenüber dem Preis, den Peking für seinen Antisowjetismus zu bekommen hofft.

Worin besteht dieser Preis? In den nächsten Jahren will China die neueste Technik und Technologie erhalten, besonders solche von militärischer Bedeutung. Der Westen soll China Hilfestellung bei dem großen Sprung leisten, mit dem es schon bis Ende dieses Jahrhunderts eine Supermacht werden will, denn „das 21. Jahrhundert wird ein chinesisches Jahrhundert sein“, was eine Landeszeitung, die „Zhongguo Qingnianbao“, ausgeplaudert hat. Und weiter: Da China „Menschen und geistige Fähigkeiten in Hülle und Fülle“ habe, würde es eine Kleinigkeit sein, den „westlichen Barbaren“ das abzuluchsen, was sie ungerechterweise besäßen, dann könne es ja losgehen. Womit? Mit der Schaffung einer neuen Weltordnung, bei der China laut Mao „unter den Völkern der Erde den ihm gebührenden, nämlich den ersten Platz einnehmen“ müsse.

Im Westen sind manche tatsächlich bereit, China bei der Anschaffung der Attribute zu helfen, wie sie eine „Großmacht“ haben muß, die etwas auf sich hält. Kann Peking z. B. ohne Einflußsphäre auskommen? Natürlich nicht. Also drückt man im Westen bei der Aggression gegen Vietnam ein Auge zu, schürt das Kesseltreiben gegen Kampuchea und Laos und treibt die Führer der ASEAN-Länder Peking in die Arme.

Immer tatkräftiger hilft der Westen Peking, sein militärisches Potential zu stärken und aufzurüsten. Über die Folgen dessen, daß die Beschränkungen auf den Export wichtiger amerikanischer Erzeugnisse nach China aufgehoben worden sind, hat sich sehr offen die Zeitschrift des US-Verteidigungsministeriums, „Armed Forces Journal International“, geäußert: „Das soll China befähigen, rasch die interkontinentalen ballistischen Raketen einzuführen, die es seit einem Jahrzehnt zu entwickeln versucht; schnell seine ballistischen Raketen mit Zwischen- und Mittelreichweite sowie Bomber auf einen höheren Standard zu bringen.“

Um den minderbemittelten Chinesen den Ankauf der kostspieligen Ausrüstungen zu erleichtern, räumt man Peking große Kredite ein. Bis Mitte vorigen Jahres beließen sie

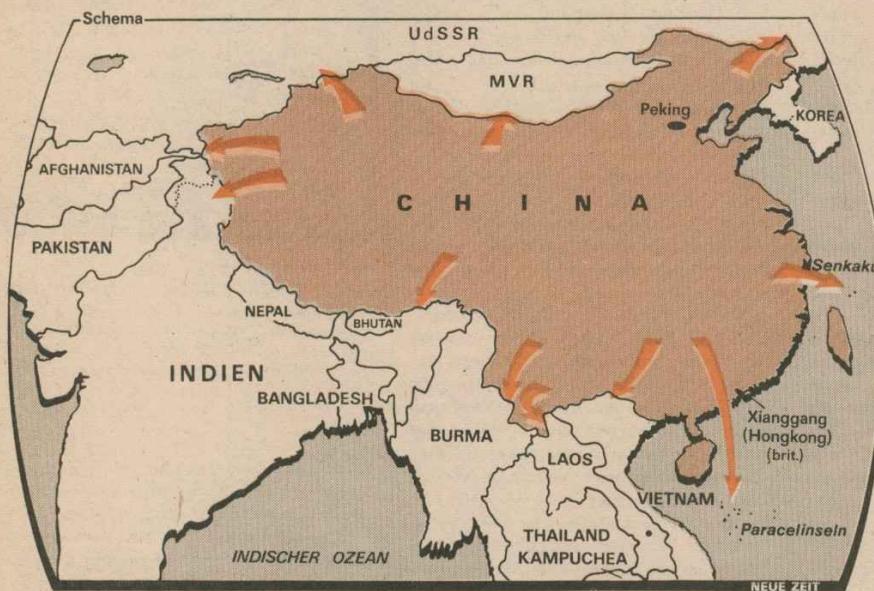
sich auf 25 Md. Dollar, was ungefähr dem Wert eines zweijährigen Exports Chinas gleichkommt.

Wie sehr sieht das alles nach einem Versuch aus, den Traum Kang Youweis, eines Idols der chinesischen Nationalisten von Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts, wahrzumachen, für den sich übrigens auch Mao begeisterte! Auch Kang Youwei plante, das Potential des Westens zur Errichtung einer chinesischen Weltherrschaft auszunutzen. „Wir können Ressourcen aus Europa und Amerika holen“, schrieb er. „Wir haben 400 oder 500 Millionen Menschen, unter denen wir 10 Millionen Soldaten werben können. Wir haben unerschöpfliche Vorkommen an Eisen und anderen Metallen, aus denen wir Tausende Kriegsschiffe bauen können. Dann können wir

die fünf Erdteile überziehen, und Sie werden die Fahnen des gelben Drachens dort wehen und flattern sehen.“

Begreift man das im Westen? Manche begreifen es. Ihre Besorgnis äußerte der amerikanische „Christian Science Monitor“ folgendermaßen: „Die Befürchtung wächst, das mit Hilfe Amerikas und anderer westlicher Länder modernisierte China könnte seine Partner und Wohltäter anfallen, sobald es sie nicht mehr brauchen wird.“ Diejenigen aber, die die chinesische Karte ausgespielt haben möchten, sind lauter. Sie hoffen, Peking zwingen zu können, einen parallelen strategischen Kurs zu steuern. Es ist doch aber bewiesen, daß sich Parallelen früher oder später schneiden.

ZEITFOLGE DER RAUBZÜGE



1959. Chinesische Truppen griffen im Raum von Louzio und am Westabschnitt des Kongkapasses indische Heereinheiten an, um über 130 000 km² fremden Gebiets einzunehmen.

1962. Militäroperationen im Himalaja an der indischen Grenze. An einigen Abschnitten rückten die chinesischen Truppen um 80 bis 100 km weit südwärts vor. Vom 20. bis zum 25. Oktober allein fielen 2500 sich verteidigende indische Soldaten.

1969. Im März erschossen chinesische Soldaten aus dem Hinterhalt auf der Ussuri-Insel Damanski eine Gruppe

sowjetischer Grenzer. Dann griffen Einheiten der chinesischen Armee, von Geschützfeuer unterstützt, die sowjetischen Truppenteile an, die Damanski bewachten. Im August drangen mehrere Gruppen chinesischer Militärs im Gebiet Semipalatinsk (Kasachische SSR) in die UdSSR ein.

1974. Chinesische Truppenteile besetzten im Januar die Paracel-Inseln, die Vietnam als Bestandteil seines Landesgebiets ansieht.

1969—1978 Übertraten chinesische Truppen über 400mal die mongolische Grenze und drangen in man-

chen Fällen 15—20 km in die Mongolische Volksrepublik ein.

Anfang und Ende 1975, März 1976, Februar—März 1978. Propeking Kräfte kämpften in Burma besonders heftig gegen die Regierungstruppen. An den Gefechten nahmen chinesische Militärs teil.

1978. Im April drangen chinesische Fischereifahrzeuge in die Gewässer um die japanischen Senkaku-Inseln ein. Frühjahr 1979 wiederholten sich dort die Provokationen.

1979. Am 17. Februar fiel China in Vietnam ein. An der

Aggression waren 600 000 chinesische Soldaten und Offiziere, Hunderte Panzer und Schützenpanzerwagen sowie Tausende Geschütze beteiligt. Sie zerstörten 4 Städte, 320 Dörfer, 735 Schulen, 428 Krankenhäuser, Tausende Wohnhäuser und öffentliche Gebäude.

1979. Zwei chinesische Battalionsgruppen eindrangen am 10. März in die laotische Provinz Luangnamtha ein. Unweit der laotisch-chinesischen Grenze sind sieben chinesische Divisionen zusammengezogen. Die Artilleriebeschließungen, die Einschleusung von Sabotagegruppen und andere Provokationen gegen Laos dauern noch jetzt an.

1980. In die afghanische Provinz Badakhshan, die an die VR China grenzt, werden regelmäßig Banden eingeschleust, zu denen viele chinesische Berater gehören.

1980. Chinesische Artillerie beschließt systematisch sechs Grenzprovinzen der SRV. Chinesische Einheiten fallen in Vietnam ein, verschleppen Zivilisten über die Grenze, plündern Genossenschaften und Einzelpersonen. Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge der VR China dringen in die Hoheitsgewässer und in den Luftraum der SRV ein.

BEDROHUNG DES FRIEDENS

Michail GALIN

Seit etwa zehn Jahren gehört der Ausdruck Hegemonismus als vielgebrauchtes Schimpfwort zum politischen Wortschatz Pekings und seiner Freunde in den imperialistischen Kreisen. Manche hegen noch jetzt die tröstliche Illusion, damit sei endlich ein probates Mittel der Propaganda und Diplomatie zur Zerschmetterung der UdSSR gefunden. Der besagte Ausdruck sollte an die Stelle der schon mächtig rampierten Schlagworte von der „Hand Moskaus“, der „sowjetischen Bedrohung“ usw. treten.

Wir wollen es nur gleich sagen, daß die Strategie der psychologischen Kriegsführung für die antikommunistischen Zentren und ihren Pekinger Anhang auch dieses Mal wie das Hornberger Schießen ausgegangen ist. Und es lag nicht daran, wessen Propaganda treffender oder eindringlicher gewesen ist. Weder dem Westen noch Peking mangelt es an der Fähigkeit, Schwarz für Weiß und Weiß für Schwarz auszugeben. Es handelt sich um den Kern der Frage. Mit keiner noch so raffinierten Lüge kann man die Weltöffentlichkeit, kann man die aufrichtigen Menschen über den titanischen Kampf hinwegtäuschen, den die UdSSR von den ersten Tagen ihres Bestehens an für den Frieden und die Gleichberechtigung der Völker führt. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution selbst war eine Abrechnung mit der Politik des Zarismus, mit der Politik der Ausbeuterklassen, die in Rußland herrschten. Das Dekret über den Frieden, der Aufruf zu einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, die Anerkennung der Gleichberechtigung aller Völker und Nationen, ihres Rechts auf Selbstbestimmung und natürlich die Annulierung der ungleichen Verträge des Zarismus mit China legten das Fundament für neue Beziehungen zwischen den Ländern und Völkern. Es ist kein Zufall, daß die Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz später in der UNO-Charts ihren Niederschlag fanden. Der Kulminationspunkt im Kampf des Sowjetstaates gegen die nach der Weltherrschaft strebenden Kräfte war das

Ringen mit dem Hitlerfaschismus und dem japanischen Militarismus, den gefährlichsten Formen des Hegemonismus und des Menschenhasses. Es ist allgemein anerkannt, daß die UdSSR in diesem Ringen die entscheidende Rolle gespielt und für den Sieg über 20 Millionen ihrer Söhne und Töchter aufgeopfert hat.

Die gesamten Erfahrungen der Menschheit (besonders die aus dem ersten und dem zweiten Weltkrieg und aus vielen Lokalkriegen) lehren, daß gerade die „Politik der Stärke“, die Anmaßung des Rechts, andere Länder und Völker zu „bestrafen“, ihnen den eigenen Willen zu diktieren — kurz: daß der Hegemonismus unweigerlich zu militärischen Zusammenstößen führte, die unsägliches Leid über die Menschheit brachten. Deshalb ist er so gefährlich, auch seine chinesische Spielart.

Anfangs zeigte sich die hegemonistische Politik Pekings in seinem Verhalten zu den sozialistischen Ländern, zur kommunistischen Weltbewegung und dann auch zur nationalen Freiheitsbewegung. Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre wurde dieser Kurs von Mao Zedong formuliert, er wurde bis zu den 70er Jahren gesteuert, da verwarf die chinesische Führung die antiimperialistischen Lösungen und bildete unverhohlen einen Block mit den aggressiven imperialistischen Kreisen.

Die KPdSU bezog von Anfang an einen grundsätzlichen Standpunkt und trat schon bei der Moskauer Beratung von 1957 gegen die Versuche Maos auf, die internationalistische Klassenpolitik der sozialistischen Länder gegen eine Spielart der abenteuerlichen „Politik der Stärke“ und ein Vorantreiben der Revolution mit militärischen Mitteln zu vertauschen. Aus jener Zeit stammt der unheilvolle Ausspruch Maos: „Unser Glanzstück ist der Krieg.“

Auf ihren Beratungen von 1960 und 1969 brandmarkten die marxistisch-leninistischen Parteien die Ansprüche der Maoisten auf eine Hegemonie in der kommunistischen Bewegung und in der Bewegung für nationale Befreiung. Auf der Internationalen Beratung der



Tag für Tag verbürtigt Peking Provokationen gegen Vietnam. Unser Bild: Geld und Dokumente, die bei einem chinesischen Spion sichergestellt wurden.

Foto: VNA

kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 in Moskau erklärte Leonid Breshnev:

„Der Kampf um die Hegemonie in der kommunistischen Bewegung, gegen die marxistisch-leninistischen Parteien steht in untrennbarem Zusammenhang mit den Großmachtbestrebungen der derzeitigen Pekinger Führung, mit den Ansprüchen, die diese auf Gebiete anderer Länder erhebt.“

Als Pekings Versuche scheiterten, die sozialistischen Länder und die kommunistische Weltbewegung für seine hegemonistischen Ziele auszunutzen, legte es Peking auf die führende Stellung in der dritten Welt an. Als aber daraus nichts wurde, orientierte sich Peking auf eine Verständigung nur mit denen, die selbst schon lange einen hegemonistischen Kurs steuern: mit den amerikanischen Imperialisten, den alten und neuen Kolonialisten, den Zionisten und den anderen Verfechtern einer „Eindämmung des Sozialismus“.

Damit hatte sich Peking tatsächlich nicht geirrt. Schon im sogenannten Schanghaier Kommuniqué von 1972 über Nixons Besuch in China ist das Einvernehmen bescheinigt.

Nach dem Besuch US-Vizepräsident Mondales von 1979 und danach des Verteidigungsministers Brown vom Januar 1980 in Peking war schon von „gemeinsamen strategischen Interessen“ Chinas und der USA auf dem weltpolitischen Schauplatz die Rede. Es ist aber nicht alles so einfach. Mit seinen wirklichen Absichten rückt Peking vorläufig nicht heraus und beteuert katzbukelnd, es sei bereit, Washingtons Ambitionen zu unterstützen.

Die aufeinander abgestimmten Wählakte der USA und Chinas gegen die nationalen Befreiungsrevolutionen in Afrika (Angola, Äthiopien), die Unterstützung der Dreierabmachung von Camp David (Israel—Ägypten—USA) gegen das palästinensische Volk und die fortschrittlichen arabischen Regimes durch Peking, die gemeinsame Bewaffnung Pakistans und seine Benutzung als Stützpunkt für eine Aggression gegen Afghanistan und andere Nachbarländer — das alles und vieles andere läßt den unheilvollen Sinn der von den imperialistischen und großchinesischen Hegemonisten betriebenen Politik deutlich erkennen.

Peking sucht die Spannungen zu erhöhen. Als der chinesische Premier Hua Guofeng Westeuropa besuchte und dort mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung beteuerte, Peking sei friedliebend, rückte der Verteidigungsminister der VR China, Xu Xiangqian, in der Zeitschrift „Hungqi“ einen Beitrag ein, in dem er die offensive Strategie Pekings unverblümmt darlegte. Er rief dazu auf, bei den „vier Modernisierungen“ vor allem die Kriegsvorbereitungen im Auge zu haben. „Der kommende Krieg wird mit seinem Umfang in der Geschichte der Menschheit nicht seinesgleichen haben... Er beginnt bald, wird groß und sogar nuklear sein.“

Die hegemonistische Politik Pekings erfordert eine beschleunigte Militarisierung. Peking rechnet darauf, sie mit Hilfe des Militär- und Industriekomplexes der USA und anderer imperialistischer Staaten vorzunehmen. Das geht Hand in Hand mit der Unterstützung des Wettrüstens in den USA, in den anderen NATO-Staaten und in Japan und mit dem Aufhetzen der revisionistischen Kreise dazu, eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkriegs zu fordern. Es erübrigts sich zu sagen, daß so etwas geradenwegs zum Anzetteln eines neuen Weltkriegs führt.

Schon zu Maos Lebzeiten plante

Peking eine „sehr breite internationale Einheitsfront“. Ursprünglich war sie antiamerikanisch gedacht, man rechnete darauf, einen Waffenkonflikt zwischen den USA und der UdSSR herbeizuführen. Jetzt wird als Programm für diese Einheitsfront der Antikommunismus und Antisowjetismus vorgeschlagen.

Diese abwegigen Pläne will man mit der berüchtigten Theorie von den „drei Welten“ begründen, laut der sich, besonders in Deng Xiaopings Auslegung, die USA (die „erste Welt“), die Industrieländer, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung (die „zweite“), und die Entwicklungsländer, zu denen China sich und einige sozialistische Länder zählt (die „dritte“), gegen die UdSSR und die anderen Mitglieder der sozialistischen Ländergemeinschaft vereinen sollen.

Dazu kann man nur sagen: Erst einmal können! Wegen seiner militärischen und wirtschaftlichen Schwäche möchte sich Peking die Kastanien von anderen aus dem Feuer holen lassen. Und daher macht Peking den USA, den anderen NATO-Staaten und Japan Avancen als Unterstützung für den harten Kurs der UdSSR und den anderen Mitgliedern der sozialistischen Ländergemeinschaft gegenüber. Es nennt die Entspannungspolitik eine „Befriedung“, schreckt den Westen mit der „sowjetischen Bedrohung“ und bemüht sich gleichzeitig um größere Unterstützung bei der geplanten beschleunigten militärischen und wirtschaftlichen Modernisierung Chinas.

Trüge sich Peking nicht mit hegemonistischen Plänen, so brauchte es nicht lange auf eine Gelegenheit zu warten, das zu beweisen. Es brauchte nur aufrichtig die Bereitschaft zu zeigen, mit den anderen Ländern friedlich zu koexistieren. Einen vorzüglichen Anlaß dazu bot Peking wiederholt das konstruktive Verhalten der UdSSR zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Wie hat es reagiert? Es hat nicht nur erklärt, daß es den Vertrag von 1950 nicht verlängern wolle, sondern sogar das Angebot der UdSSR zurückgewiesen, Verträge über Nichtangriff, Gewaltverzicht usw. zu schließen. Bei den im September 1979 in Moskau angelaufenen Verhandlungen legte die UdSSR den Entwurf einer „Erklärung über die Prinzipien der Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China“ vor. Er enthielt u. a. die Verpflichtung beider Seiten, keinerlei Sonderrechte und keine Hegemonie in Asien oder in Weltangelegenheiten zu beanspruchen und niemandes Ansprüche auf solche Sonderrechte oder eine Hegemonie anzuerkennen. Die Ablehnung dieses Dokuments durch China verrät dessen Heu-

chelei und die Versuche, durch die bloße Tatsache der Verhandlungen beim Feilschen mit dem Westen mehr herauszuschlagen.

Um das Hegemonistische der eigenen Politik zu bemängeln, möchte Peking das souveräne Recht anderer Staaten, notwendige und der UNO-Charta entsprechende Sicherheitsmaßnahmen zu treffen und ihre territoriale Integrität zu schützen, als Hegemonismus abstempeln. Peking verunglimpt aus freiem Willen geschlossene Vertragsbeziehungen zwischen souveränen Staaten und deren gemeinsame Schritte zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit gegen eine Gefahr von außen. Peking stellt also die Dinge auf den Kopf. Als hegemonistisch bezeichnet es die Maßnahmen zur Verstärkung der fernöstlichen sowjetischen Grenze, die die UdSSR treffen mußte, nachdem jahrelang chinesische Truppen an der sowjetisch-chinesischen Grenze zusammengezogen, zahlreiche Grenzprovokationen begangen und direkte Anschläge auf sowjetische Stammlände verübt worden waren.

Bei ihren Anschlägen auf die territoriale Integrität und auf die Unabhängigkeit der MVR und der SRV haben die chinesischen Expansionisten die Stirn, die Maßnahmen hegemonistisch zu nennen, die diese Länder treffen, um ihre Verteidigungsfähigkeit zu stärken; ebenso die internationalistische Hilfe, die ihnen die UdSSR bei diesem heiligen Werk leistet. Hegemonistisch nennen sie den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SRV, der ausgesprochen friedliche Zwecke verfolgt und sich gegen kein drittes Land richtet. Das tut Peking auch mit den gleichlautenden Verträgen der UdSSR mit Indien, Angola, dem Irak, Südjemen, Afghanistan u. a. Begreifen die chinesischen Großmachtchauvinisten denn wirklich nicht, daß es purer Hegemonismus ist, sich in die bilateralen Beziehungen souveräner Staaten einzumischen und ihnen befehlen zu wollen, wie und auf welcher Ebene sie Verbindungen miteinander unterhalten sollen?

Welchen Aspekt der Außenpolitik Pekings man auch nimmt, man sieht jedem die hegemonistischen Absichten an. Diese Politik ist eine Ursache der internationalen Spannung. Es ist eine gefährliche Kurzsichtigkeit, die Bedrohung des Weltfriedens durch den chinesischen Hegemonismus nicht zu sehen oder die expansionistischen Ziele Pekings nicht sehen zu wollen, wie es die Kreise tun, die mit Vorliebe „chinesische Trümpfe“ ausspielen.

DEM 3. JAHRTAUSEND ENTGEGEN

German USTINOW

In Prag ist es seit vier Jahrhunderten Brauch, daß in der Altstadt eine Minute vor Jahresende Fanfarenbläser auf dem Aussichtsplateau des Rathauses erscheinen, um mit dem zwölften Glockenschlag den Anbruch des neuen Jahres zu verkünden. So leiteten die Fanfaren auch das Jahr 1976 ein, in dem der Generalplan für die 25jährige Entwicklung Prags anlief.

Der größte Bauplatz

Die Prager haben bis zum Ende unseres Jahrtausends noch viel zu leisten: neue Wohnviertel, Autostraßen, Brücken, Theater, Stadien und U-Bahn-Tunnels zu bauen. Dabei muß ihre Baukunst unserem sozialistischen Zeitalter gerecht werden.

Die Altstadt mit ihren einmaligen Bauensembles, der Karlsbrücke und dem Staroměstské-Platz, macht fast die Hälfte Prags aus. Sie soll erhalten bleiben, denn jeder Stein ist ein Zeuge der Geschichte; sie soll sich aber auch harmonisch in das Neue einfügen. Das ist keine leichte Aufgabe.

Prag ist eine Industriestadt. Sie erzeugt Diesellocks, Triebwagen für die Straßenbahn, Raupenkräne, Schachtaufzüge, Kühlanlagen, Dieselmotoren, Turbokompressoren, Elektroanlagen, Stahlkonstruktionen, Halbleiter usw. Prag repräsentiert mit seinen Erzeugnissen die Leistungen der ČSSR. Laut Generalplan werden hier viele Betriebe ausgebaut, aber nicht alle, weil es in der Stadt schon lange an Arbeitskräften mangelt. Der Schwerpunkt liegt momentan bei der rapiden Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Verbesserung der Produktionsstruktur.

Heute zählt Prag etwa 4000 Betriebe, von denen ca. 70% weniger als 100 Personen beschäftigen. Das sind eher Werkstätten, ein Anachronismus in der modernen Stadt. Deshalb werden die Arbeitskräfte bereits im laufenden Planjahr fünf in größere Werke überführt, z. B. ins CKD-Praha. Der Generalplan sieht das rasche Wachstum der hocheffektiven, hochautomatisierten und mechanisierten Industrien vor, in de-

nen die manuelle Arbeit auf ein Minimum reduziert ist.

Auf dem XV. Parteitag der KPTsch nannte Gustav Husák die Hauptstadt den größten Bauplatz. Er sagte, daß Prag eine mustergültige Hauptstadt werden soll.

Und das alte Žižkov?

Nach der Befreiung gab es in Prag 325 000 Wohnungen, die zu etwa 67% aus einem Zimmer oder einem Zimmer mit Küche bestanden. Zahlreiche Familien hatten keine normalen Wohnverhältnisse. Heute hat Prag etwa 500 000 Wohnungen. Die meisten sind nach dem Krieg gebaut worden und haben allen Komfort. Im Durchschnitt sind es Zwei- und Dreizimmerwohnungen.

In der Altstadt ist für einen großangelegten Wohnungsbau praktisch kein Platz mehr. Deshalb wird seit drei Planjahr fünf in den Vororten Bohnice, Letňany, Prosek, Zahradní město, Dáblice u. a. gebaut. 39 große Neubauviertel umgeben jetzt die Moldauunterquerung. Mehrere von ihnen, z. B. Petršiny oder Červený Vrch, werden von den Pragern schon als alte Wohnviertel angesehen, obwohl die erste dort geborene Generation noch nicht groß geworden ist.

Die Arbeitersiedlung Žižkov, war einst auch ein Vorort Prags, über den viele fortschrittliche Schriftsteller schrieben. Dieses Wohnviertel entstand an der Jahrhundertwende, als die Dorfmut in die Stadt flüchtete, um Arbeit und ein besseres Los zu finden. Zwischen den zwei Weltkriegen „entwickelte“ sich Žižkov ebenso. Die Tag und Nacht qualmenden Fabriksschlote machten die Arbeitersiedlung grau, in den tristen Straßen gab es weder Baum noch Strauch. Die Proletarier lebten hier sehr eng und ohne jeden Komfort.

Der Sozialismus hat in Žižkov vieles verändert. Jede Familie hat in der Regel eine komfortable Wohnung für sich. Die in der Nähe gelegenen Betriebe tun alles, um die Luft nicht zu verschmutzen.

Der ehemalige Vorort reicht jetzt dicht an das Stadtzentrum heran.

Bereits Václav Vacek, der erste rote Primator (Oberbürgermeister) von Prag, dessen Namen der Platz vor dem neuen Rathaus trägt, träumte davon, hier ein Musterwohnviertel aufzuführen. Das ist erst jetzt möglich geworden. Im Generalplan wurde der Arbeitersiedlung Žižkov eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Hier sind moderne vielgeschossige Wohnhäuser, breite Straßen und Grünanlagen vorgesehen, die mit den architektonisch wertvollen, innen natürlich modernisierten alten Bauten harmonisieren werden. Es wird hier viele Plätze, Handels- und Kulturzentren sowie Stadien und Sportplätze geben. Der ehemalige Begriff der Arbeitersiedlung wird entschieden abgelehnt. In den Dachgeschossen werden Ateliers für die Prager Künstler und Bildhauer untergebracht, die Nachfrage ist nämlich sehr groß.

In Žižkov sollen viele Häuser abgetragen werden. Ihre Einwohner bekommen Neubauwohnungen. Natürlich will nicht jeder umziehen, man gewöhnt sich ja an eine Gegend. Aber es wird auch keiner dazu gezwungen. Wie František Gebauer, der Vorsitzende des Nationalkomitees des 3. Prager Neubauviertels, erklärt, wird ein Teil der alten Häuser zügig renoviert, und in zwei bis drei Jahren werden im Einklang mit dem Rekonstruktionsplan Neubauhäuser schlüsselfertig.

Das Herz der Stadt

Jeder Baufachmann weiß, daß es vorteilhafter ist, ein altes Gebäude abzutragen und ein neues zu bauen, als eine Generalrenovierung und komplizierte Restaurierungsarbeiten vorzunehmen. Wenn es sich aber um ein einmaliges Baudenkmal handelt? Oder gar um einen Platz mit über hundert historischen Denkmälern?

Der Wenzelsplatz, den man das Handelszentrum oder auch das Herz Prags nennt, ist über sechshundert Jahre alt. Er gilt zu Recht als Perle des europäischen Städtebaus. Die von alten Meistern gestalteten Fassaden in Weiß, Rosa und Gold wirken leicht und luftig, die Gehsteige zierte wunderbares Mosaik, und die silbrigsten Linden lassen den Riesenplatz kleiner und anheimelnder erscheinen.

Der Wenzelsplatz nimmt in der Geschichte der Stadt und des ganzen Landes einen wichtigen Raum ein. Bereits in den ersten Jahren unseres Jahrhunderts demonstrierten hier

die Arbeiter am 1. Mai. Im Mai 1945 begrüßten die Prager hier nach sechs Jahren faschistischer Okkupation freudig die Helden der Sowjettruppen.

15 Jahre lang — bis zum Herbst 1978 — konnten weder die Prager noch ihre Gäste den Wenzelsplatz in seiner ganzen Pracht bewundern, weil bald die eine, bald die andere Häusergruppe von Baugerüsten verdeckt war. Als man in den 70er Jahren an den Bau der U-Bahn ging, kamen neue Probleme hinzu. Man mußte die Tiefbauanlagen verlegen,

die tragenden Teile und Fundamente mehrerer Gebäude verstärken. Das Nationalkomitee der Stadt hatte die Modernisierung des Platzes bis August 1978 geplant, wobei er sein ursprüngliches Aussehen behalten sollte.

Auf dem Wenzelsplatz arbeiteten Architekten, Restauratoren sowie Pädagogen und Studenten der Prager Technischen Hochschule. Dann kamen auch Fachleute anderer Baubranchen. Sie untersuchten die Gebäude, sahen die alten Risse durch und machten dem National-

komitee Vorschläge für die Restaurationsarbeiten. Zur Verwirklichung dieser Pläne wurde ein Stab aus 25 Vertretern von Baukollektiven und dem stellvertretenden Primator von Prag, Jaroslav Hlaváč, an der Spitze gebildet.

Einige Jahre lang hatten es nun Hunderte in blauer Arbeitskleidung und Sturzhelmen nicht leicht. Es wurde ja im Innern des pulsierenden Stadtorganismus gearbeitet. Kein Geschäft, keine Redaktion, kein Restaurant wurde deshalb geschlossen. Es fehlte an Erfahrung, man mußte bei der Arbeit lernen. Es fehlten auch Fachleute mit seltenen Berufen: Kunstschniede, Formgießer, Ziseleure. Sie kamen aus dem ganzen Land.

Der Architekt Stanislav Horák zeigte mir ein Haus, dessen Dach von vier Kupferadlern getragen wird. Jeder Adler besteht aus 260 Teilen. Die Vögel wurden unter Leitung von Meister Josef Stejskal restauriert, ebenso der Zierat anderer Gebäude, ohne den diese viel verloren hätten. Zu diesen Arbeiten brauchte man Stilgefühl, seltene Stoffe und viel Geduld.

Im August 1978 war die Arbeit fertig. Der Wenzelsplatz erstand in seiner ganzen Pracht. Es waren 125 Gebäude gründlich renoviert und restauriert, die Gehsteige und Fahrbahnen neu gepflastert und die Tiefbauten modernisiert worden. Hinzu kamen zwei U-Bahn-Stationen.

DIE ČSSR-KULTURTAGE

Am 25. Februar begrüßten die Moskauer im Kongreßpalast des Kreml die tschechoslowakischen Gäste, die zur Eröffnung der CSSR-Kulturtage in der Sowjetunion anlässlich des 35. Jahrestags der Befreiung ihrer Heimat von den Hitlerfaschisten in die sowjetische Hauptstadt gekommen waren.

Das Programm dieser Tage zeigte das kulturelle Leben der Tschechen und Slowaken in all seiner Vielfalt. In Moskau, in allen Unionsrepubliken gastierten die Tschechische Philharmonie, das Slowakische Nationaltheater, der Prager Philharmonische Chor, das Staatliche Gesangs- und Tanzensemble „Vit Nejedlý“, das Theater „Na provázku“ und das Puppentheater...

Ein großes Publikum fand das Filmfestival, das das meisterhafte Können der tschechoslowakischen Kinematographie demonstriert. Allein 1978 hatten 36 Streifen aus der CSSR internationale Filmpreise erhalten.

In der Moskauer Lenin-Bibliothek wurde eine Buchausstellung eröffnet. Tschechische und slowakische Verlage bringen jedes Jahr an die 7000 Buchtitel heraus: Gesamtauflage ca. 80 Mio Exemplare.

Die gelungensten Bücher wurden auf der Ausstellung gezeigt. Eine besondere Abteilung war in der Sowjetunion in fast 83 Mio Exemplaren erschienenen Werken tschechischer und slowakischer Autoren gewidmet.

W. ROSEN



Unser Bild: Der slowakische Dramatiker Ladislav Luknár stellt Ausstellungsbesuchern Neuerscheinungen aus der CSSR vor.

Foto: A. Motschalín

Eine Arbeiterdynastie

Der Bauarbeiter Josef Hampl arbeitet in Prag ganze 30 Jahre. Ich lernte ihn vor ein paar Jahren in Jižní Město kennen, wo ein Neubauviertel für 100 000 Einwohner entsteht.

Sein Vater war Kommunist, er trat der Partei schon in der bürgerlichen Republik bei. Nach seinem Tode wurde Josef das Oberhaupt der Arbeiterfamilie. Seine drei Brüder sind auch Bauarbeiter.

Die vier Hampels — ein Verputzer und drei Montagearbeiter — bauen mehrere Planjahr fünf am neuen Prag mit. In der Bauleitung Südparks erfuhr ich, daß sich Josef Hampl als erster die Baumethode des bekannten sowjetischen Bauar-

beiters und Brigadeleiters Slobin (Brigadevertrag und wirtschaftliche Rechnungsführung) angeeignet hat.

Am Vorabend des 1. Mai werden im Hradschin die besten Erbauer des Sozialismus im Land ausgezeichnet. Sie kommen mit ihren Verwandten. Josef war mit seiner Frau Milena gekommen, um den schönen Augenblick mit ihr zu erleben. Unter den neuen Helden der Sozialistischen Arbeit der ČSSR wurde auch sein Name genannt.

Später sah ich Josef auf einer Baustelle während einer Versammlung über die Verfassung der UdSSR.

„Die Bürger der UdSSR haben das Recht auf Arbeit.“ Dieser Passus, sagte Josef, imponiere ihm an unserer Verfassung am meisten. Manche verstanden das lediglich als eine reale Möglichkeit, einen Beruf, Arbeit und Arbeitslohn zu bekommen. Es sei aber viel mehr: eine große Errungenschaft des Sozialismus, die Sorge des Staates für die Werktätigen. Weiter sagte er: „Was wäre im bürgerlichen Staat aus mir geworden? Ein gewöhnlicher Bauarbeiter, der in seiner Kluft nicht einmal Straßenbahn fahren durfte. Vor kurzem lief in Prag der Film „Dům Na Pofíci“. Die Geschichte dieses Hauses habe ich noch von meinem Vater gehört.“

Ich kannte sie auch. Am 9. Oktober 1928 stürzte im Zentrum von Prag ein sechsgeschossiges, im Bau befindliches Haus ein. Das geschah durch Verschulden der Baufirma, die um des Profits Willen unzulässig an Baustoffen gespart hatte. Unter den Trümmern fanden 46 Bauarbeiter den Tod. Einige von ihnen waren im Keller und hätten gerettet werden können, wenn man ins Fundament ein Loch geschlagen hätte. Der Firma war das zu teuer, und der Stadtrat war einverstanden. So mußten die Verschütteten sterben.

Ich hörte Josef zu und erinnerte mich deutlich an den Tag, an dem verdiente Arbeiter mit windgegerbten Gesichtern und schwieligen Händen, Menschen, die in ihrem Leben vieles gesehen und geleistet haben, im Hradschin die höchsten staatlichen Auszeichnungen entgegennahmen.

Prag

UNSERE RUSSIISCHE SEITE

Lektion 7

WÖRTER UND WORTVERBINDUNGEN

| | |
|---------------------------------------|---|
| причал | Pier |
| судно (Mz. суда) | Schiff |
| груз | Fracht |
| докер | der Docker |
| переходящий приз | Wanderpreis |
| наносить рану (нанести) | eine Wunde schlagen |
| помочь по государственной линии | Hilfe (auf staatlicher Linie) aus staatlichen Mitteln |
| сделать вклад (во что?) | einen Beitrag leisten |
| фонд помощи (кому?) | der Hilfsfonds |
| Всесоюзный коммунистический субботник | kommunistischer Unions-Subbotnik |
| грузить (погрузить) | verladen |
| теплоход | Dieselschiff |
| представитель общественности | ein Vertreter der Öffentlichkeit |

Übung 1: Übersetzen Sie folgenden Text:

В Одессе причал № 8 зовут вьетнамским. Много лет отсюда отходят суда с грузами, помогающими Вьетнаму бороться с врагами, строить новую жизнь. Почти 20 лет между докерами ведется соревнование за переходящий приз «Героический Вьетнам». Помочь братскому народу залечить раны, нанесенные китайской агрессией, — общее желание советских людей. Вьетнаму предоставляется помочь СССР по государственной линии, но многие советские люди хотели сделать свой собственный вклад в это благородное дело. Так родилась мысль отчислить в фонд помощи вьетнамскому народу средства, заработанные в день Всесоюзного коммунистического субботника, проходившего 21 апреля 1979 года. Ткани, готовая одежда, посуда, велосипеды, письменные принадлежности для школьников, медикаменты и другие необходимые для вьетнамцев товары были погружены на теплоход «Василий Ключков». Перед отходом корабля в плавание состоялся короткий митинг, на котором представители общественности города-героя Одессы говорили о дружбе, солидарности народов СССР с героическим вьетнамским народом. После окончания митинга судно отправилось к берегам Вьетнама.

Übung 2: Übersetzen Sie folgende Wörter mit gleichen Wurzeln und prägen Sie sie sich gut ein:

- 1) груз — грузить — погрузить — разгрузить.
- 2) помочь — помагать — помощник.
- 3) герой — героический — героизм.

Übung 3: Wechseln Sie in den nachstehenden Sätzen die fettgedruckten Wortverbindungen gegen Nebensätze mit „der, die, das“ nach folgendem Muster aus:

Текст, переведенный переводчиком.

Текст, который перевел переводчик.

Товары, погруженные рабочими на теплоход.

Раны, нанесенные войной.

Средства, заработанные населением на субботнике.

Субботник, проходивший в 1979 году.

Теплоход, отправившийся к берегам Вьетнама.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Der Kurs auf den Abbruch der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion schadet der Wirtschaft des Westens, vor allem den Werktäglichen in den kapitalistischen Ländern.

David Campbell
Salinefife, Schottland



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Felix
GORJUNOW

Ihr Brief läßt mich ein Gespräch fortführen, das vor anderthalb Monaten mit einer großen schottischen Gruppe begonnen wurde, die zum traditionellen Treffen anlässlich des Geburtstages von Robert Burns nach Moskau gekommen war.

So wie Sie, Genosse Campbell, äußerten sich die meisten Ihrer Landsleute. Sie sagten, durch die Wirtschaftssanktionen der Toryregierung gegen die UdSSR würden Arbeitsplätze in Betrieben verlorengehen, die sowjetische Aufträge ausführen. Während auf den Britischen Inseln und besonders in Schottland die Arbeitslosigkeit ein akutes Problem ist, vergeuden die Konservativen unter dem Vorwand einer „sowjetischen Bedrohung“ die Gelde der Steuerzahler für das Wettrüsten.

Ihre Sorgen sind mir durchaus verständlich — und nicht nur, weil sie zu einer Zeit geäußert wurden, da die antisowjetische Hysterie in Großbritannien Ausmaße angenommen hat wie nie zuvor. Die Meinung unserer schottischen Freunde hat uns ein weiteres Mal in der Überzeugung bestärkt, daß der Kurs der UdSSR auf den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen im Interesse breiter Schichten im Westen liegt.

Man sollte denken, in den 70er Jahren sei all das deutlich genug geworden. Doch die Entwicklung der letzten Monate hat gezeigt, daß ein Teil der Geschäftskreise und sogar einige Arbeitergruppen in den kapitalistischen Ländern immer noch auf Provokationen der Entspannungsfeinde eingehen.

Die Motive gewisser westlicher Politiker, die die „afghanische Frage“ im Wahlkampf ausschlachten wollen, sind recht durchsichtig. Deutlich genug ist der Egoismus der Rüstungsindustriellen, die nach neuen Rüstungsprofilen gieren, oder der Ölönige, für die die berüchtigte „sowjetische Expansion im Mittleren Osten“ nur einen weiteren

Anlaß abgibt, die Ölpreise hochzuschrauben. Unschwer läßt sich auch erklären, daß die Apologeten des „freien Unternehmertums“ in den westlichen Massenmedien durch ihre antisowjetische Hetze die Aufmerksamkeit von akuten sozialen Problemen ablenken wollen. Reaktionäre Gruppierungen, die sich nur von ihren momentanen Interessen leiten lassen, führen sich auf wie ein Elefant im Porzellanden. Ohne an die Zukunft zu denken, zerstören sie das so mühevoll errichtete Gebäude der Entspannung.

Doch bisweilen kann man sich nur wundern, wenn man liest, daß sich auch Werktägliche an derartigen Aktionen beteiligen. Was bewegt denn die amerikanischen Docker an der Ostküste, sich zu weigern, von der Sowjetunion angekauftes Getreide zu verfrachten, und Angestellte des New Yorker Flughafens, Besetzungen und Passagiere von Aeroflot-Maschinen zu malträtieren? Was veranlaßte einige Farmer in Iowa, die antisowjetischen Sanktionen Carters zu unterstützen?

Mir scheint, derartige Hurrapatrioten „bestrafen“ nicht die UdSSR, sondern sich selbst. So hat man errechnet, daß die amerikanischen Farmer wegen des Getreideembargos gegen die Sowjetunion allein in diesem Jahr über 3 Mrd. Dollar verlieren werden. (Entgegen seinen Versprechungen hat sich Washington kürzlich geweigert, ihnen die Verluste zu ersetzen) und die Maschinenbauer wegen des Exportverbots für gewisse Technologien viele Tausende Arbeitsplätze.

Doch das ist noch nicht alles. Macht sich ja die Finanz- und Industrieolig-

archie die künstliche Atmosphäre der Ost-West-Konfrontation zunutze, um wieder einmal eine härtere Gangart einzuschlagen. Nicht das Staatliche Plankomitee der UdSSR, sondern die Toryregierung und die Stahlmagnaten der City weigern sich, die Löhne der britischen Metallarbeiter zu erhöhen. Und nicht die afghanischen Bauern, die von außen unterstützte Exfeudalherren daran zu hindern suchen, endlich in Ruhe ihr Stück Land zu bearbeiten, sind schuld daran, daß die amerikanischen Farmer jetzt schwindelerregende Preise für Dieselfreibstoff und Mineraldünger zahlen müssen.

Die Lügenpropaganda gegen die UdSSR ist vor allem auf den „Eigenbedarf“ abgestellt. Die Bosse von der Wall Street und der City wissen sehr wohl, daß Sanktionen keine Auswirkungen auf die sowjetischen Wirtschaftsprogramme haben werden. Unsere Wirtschaft verfügt über ausreichende Ressourcen und ist flexibel genug, um die Verluste auszugleichen, die möglicherweise durch eine Einstellung westlicher Lieferungen entstehen. Zudem könnten wir selbst gewisse Leute exemplarisch „bestrafen“. Bekanntlich decken die sowjetischen Lieferungen 22% des britischen Bedarfs an Schnittholz, und die USA führen in den letzten Jahren aus der UdSSR nicht wenig seltene Metalle ein...

Sicher werden Sie zustimmen, daß wirtschaftliches Säbelrasseln keineswegs ein Zeichen von Stärke und politischer Reife ist, sondern vielmehr von Schwäche und Unbesonnenheit. Doch vor allem läuft eine derartige Politik den Interessen aller Völker zuwider.

3

Kürzlich las ich, daß in Genf ein Treffen auf Initiative der Pugwashbewegung stattgefunden hat. Was ist das für eine Bewegung?

S. ALIJEW
Gebiet Dshambul,
Kasachische SSR

Die Pugwash-Bewegung vereint Wissenschaftler aus vielen Ländern, die für Frieden, Sicherheit und internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit eintreten. Die Bewegung wurde 1955 durch das Einstein-Russell-Manifest ins Leben gerufen, in dem der Krieg verurteilt und eine friedliche Lösung der internationalen Streitfragen gefordert wurde. Elf bedeutende Wissenschaftler unterzeichneten das Manifest — darunter Albert Einstein, Bertrand Russell und Frédéric Joliot-Curie. Im Juli 1957 fand bei aktiver Un-

terstützung von Cyrus Eaton in Pugwash (Kanada) die erste internationale Wissenschaftlerkonferenz statt. Die jüngste, 28. Pugwashkonferenz (1978, Warna) sprach sich gegen eine Stationierung von Neutronenwaffen in Europa aus.

Pugwash-Wissenschaftler kamen im Januar 1980 in Genf zusammen, um die gefährliche Lage zu erörtern, die durch den NATO-Beschluß für eine Stationierung neuer US-Raketen in Europa entstanden ist.

PS

Bei so einer Mama!

Von jetzt an wird M. Thatcher Reklame für die japanische Bekleidungsfirma Kanebo machen. Dafür werden die Inhaber seine Ausgaben decken, die er wegen seiner Leidenschaft für Autorallyes reichlich hat. Der Leser fragt gewiß, warum „seine“. Es handelt sich nämlich nicht um die Premierministerin Großbritanniens, sondern um ihren 26jährigen Sprößling Mark. Der britische Verband der Bekleidungsfabrikanten findet laut „Times“, daß die ganze Sache eine Schande sei. Bei diesem Urteil spricht gewiß auch mit, daß die japanische Firma durch das neue Fotomodell mit dem prominenten Namen für die britische Konfektion eine noch gefährlichere Konkurrentin geworden ist.

Braucht ein Sportstar einen Kopf?



Im amerikanischen Fernsehen lief unlängst ein Streifen von Interviews mit Stars des professionellen Basket- und Fußballs. Da erfuhr man, daß sie an ihren Colleges oder Universitäten überhaupt keine Vorlesungen besuchten und auch so immer gute Noten bekamen, damit sie leichten Herzens die Sportehre ihrer Alma mater verteidigen konnten. Einer dieser Stars sagte ohne jede Verlegenheit, er kön-

ne noch jetzt nicht richtig schreiben, obwohl ihm mit einem Diplom bescheinigt worden ist, daß er ein College absolviert hat.

Ein erdrückendes Argument



In einem Elendsviertel von Neapel sollte wieder einmal ein baufälliges Haus abgerissen werden. Die armen Mieter wußten aber nicht, wohin, und weigerten sich, auszuziehen. Drei Stunden lang überredete die Polizei und die Feuerwehr sie dazu, und man einigte sich schließlich, im Freien weiterzudiskutieren. Kaum war der letzte Mieter heraus, da stürzte das dreigeschossige Haus ein. „Das ist ja nun ein erdrückendes Argument“, sagte einer der obdachlos Gewordenen bitter.

Die weiße Weste gewahrt

Als die Regierungsbehörden der USA vorigen Sommer von Nixons Absicht erfuhren, sein Haus in Kalifornien zu verkaufen, reichten sie gegen den Ex-Präsidenten Klage ein. Als Nixon noch Präsident war, hatte er für die Modernisierung des großen Hauses über 700 000 Dollar staatliche Gelder ausgegeben. Die Behörden waren offenbar nicht sicher, daß er nach dem Verkauf des Hauses die Summe zurückzuerstatten wird, und verlangten wenigstens einen Teil davon. Schließlich willigte Nixon ein, 33 295 Dollar zu zahlen, aber

unter der Bedingung, daß auf dem Scheck nicht sein Name, sondern der des Grundstückskäufers figuriert wird, damit niemand auf die Idee kommt, er habe sich auf Kosten der Steuerzahler bereichern wollen.

Der richtige Dreh

Bei den kürzlichen Gouverneurs-Primärwahlen in Louisiana (USA) haben laut „Newsweek“ Kandidaten der Demokratischen Partei große Wahlfälschungen begangen. Ein gewisser Louis Lambert z. B. hat die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen erhöht. Eine Methode besteht darin, längst verzogene Leute in die Wählerlisten einzutragen. Für sie drückt jemand vom Personal des Wahlreviers auf den Hebel mit dem Namen des betreffenden Kandidaten. „Als in den 50ern statt der Wahlzettel die Wahlmaschinen aufkamen“, heißt es in der „Newsweek“, „glaubte man, die Fälschungen hätten ein Ende.“ Earl Long, der damalige Gouverneur von Louisiana, sah weiter. Er sagte: „Die Maschinen sind von Menschen gemacht, also kennen Menschen auch einen Dreh, sie zu betrügen.“

Ein mildernder Umstand



Der Engländer Victor Brooks bekam von einem Freund in Amerika regelmäßig in gewöhnlichen Postpaketen Zigarren und Tabak und brauchte folglich keinen Zoll zu zahlen. Als die Sache aufflog, wurde er wegen Zollbetrugs zu 1000 Pfund Sterling Geldstrafe verurteilt. Sein Anwalt fand die Strafe zu

schwer, er führte ins Feld, daß die Zigarren nicht einmal als Geschenk für einen Feind taugen. Damit, daß der Angeklagte sie geraucht habe, sei er gestraft genug gewesen, und das sei ein mildernder Umstand.

Rekorde, Rekorde...



Der brasilianische Hungerkünstler Adelino da Silva will seinen eigenen Weltrekord von 1969 brechen. Damals hungerte er 111 Tage, jetzt sollen es 115 werden. Anfang Februar bezog er auf einer Straße von São Paulo einen Glaskasten, der darauf versiegelt wurde. Der stärkeren Wirkung halber hatte man auch 10 Giftschlangen hineingesetzt. Da Silva will sich hin und wieder mit einer Prise Salz und einem Glas Zuckersaft stärken. Mit solchen Rekorden bringt er sich schon 40 Jahre durch. Alles in allem hat er über drei Jahre gehungert.

Taler, Taler, du mußt wandern...

Die japanische Presse spottet, Schmiergeldempfänger ließen sich bestechen, um es dann selbst zu tun. Gemeint sind die zahlreichen Fälle, in denen Kandidaten der Liberal-Demokratischen Partei Wähler bestechen. So ist jetzt in Kobe ein Verfahren gegen eine große Gruppe von Liberaldemokraten im Gange, die bei den Parlamentswahlen vom vergangenen Herbst Stimmen gekauft haben. Derartige Untersuchungen und Gerichtsverfahren laufen im ganzen Land.

Zeichnungen:
V. Rosanew

NEUE ZEIT

на немецком языке

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ



V/O SELKHOZPROMEXPORT — die größte Außenhandelsorganisation der UdSSR — liefert alles für die Entwicklung der Landwirtschaft, darunter auch für:



- Wasserbauten und Bewässerungsanlagen;
- Getreidesilos, Mühlen und Viehfutterfabriken;
- Großbäckereien und Süßwarenfabriken;
- Betriebe zur Verarbeitung von Fleisch, Milch, Gemüse und Obst;
- Betriebe der holzverarbeitenden und der Holzbeschaffungsindustrie;
- Betriebe der Mikrobiologie;
- Betriebe zur Erzeugung von Futterhefe, Äthylalkohol, Fermentpräparaten, Futterantibiotika und -vitaminen sowie Tierarzneien.

V/O SELKHOZPROMEXPORT hilft Fachkräfte für diese Betriebe heranbilden

Unsere Anschrift: UdSSR, Moskau, 113324,
Owtschinnikowskaja nab. 18/1,
V/O Selkhozpromexport

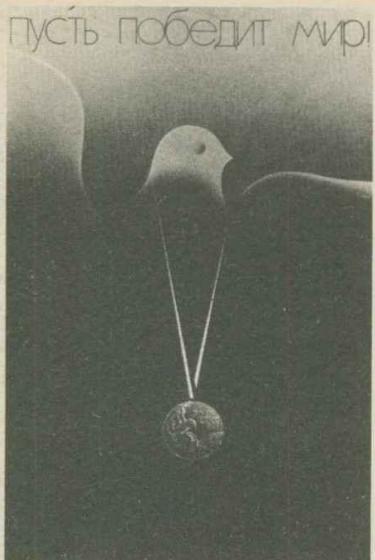
Telegrammanschrift: Moskau, Selkhozpromexport

Ruf: 220-16-92

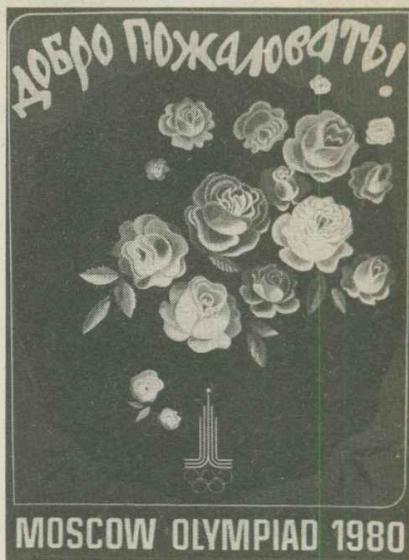
Tele x: 7533



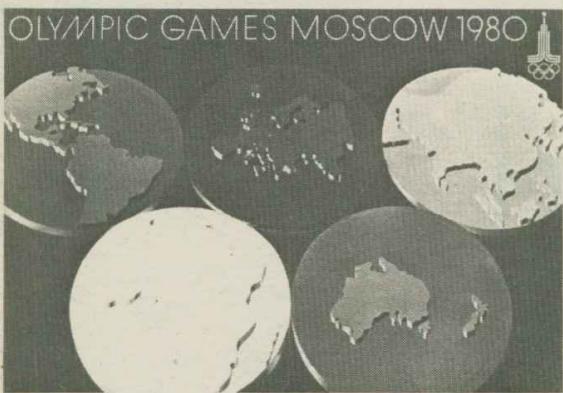
Selkhozpromexport



The XXII Olympic Games in Moscow
1980



MOSCOW OLYMPIAD 1980



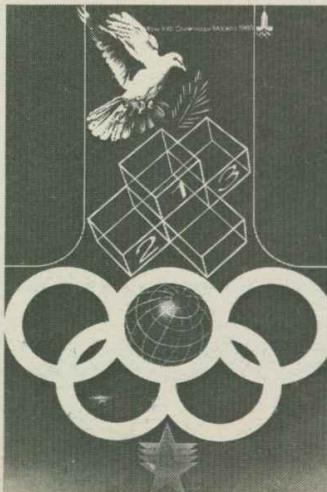
Wettbewerb um die besten Olympiaplakate

Die Welt rüstet zu den 22. Olympischen Sommerspielen in Moskau, und die Sportler aller Länder trainieren schon eifrig. Mit Spannung erwarten Millionen Fans, Menschen aller Rassen und Nationalitäten, diese Spiele. Ihre Vorbereitungen treffen Reporter und Bildreporter, Radiokommentatoren, das Personal des Fernsehens, kurz: alle, die bei den Massenmedien beschäftigt sind.

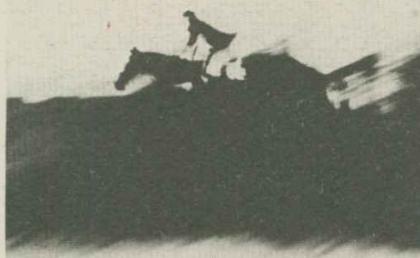
Zeichner haben ebenfalls schon viel für das internationale Sportlertreffen getan. So haben sie an einem Wettbewerb um die besten Olympiaplakate teilgenommen. Die eingesandten Entwürfe waren im Moskauer Zentralen Ausstellungssaal auf einer Ausstellung mit dem Motto „Körperkultur und Sport in der bildenden Kunst“ zu sehen. Es waren Arbeiten von 48 Plakatzzeichnern aus 20 Ländern. Die Ausstellung war gut besucht.

Radivoje Jugović (Jugoslawien)

Anatoli Karmazki (Leningrad)



1980 MOSCOW OLYMPICS



PLAKATENTWÜRFE
VON:

Anatoli
Merkuschew
(Pensa, RSFSR)

Mauno Yeli
Martikainen
(Finnland)

Olga Volkowa
und Michail
Awwakumow
(Moskau)

Bea Gyurkovics
(Ungarn)

Hideo
Kawazu,
Shigeo
Matsumoto,
Harutomo
Ishinosawa
und Ken
Kishimoto
(Japan)

